

Aufsätze

Dr. Rolf Leinekugel

Die Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers – Voraussetzungen und praktische Durchsetzung (Teil I)

Die gesetzliche Regelung in §

38 Abs. 1 GmbHG zur freien und jederzeitigen Abberufbarkeit ist auf Fremdgeschäftsführer zugeschnitten. Tatsächlich sind hingegen oftmals die Gesellschafter die Geschäftsführer. Das hat zur Folge, dass § 38 Abs. 1 GmbHG für diese vielfach als nicht passend empfunden wird und Einschränkungen des Grundsatzes der freien und jederzeitigen Abberufbarkeit erwogen werden bzw. die Abberufung aus wichtigem Grund nach § 38 Abs. 2 GmbHG besondere Bedeutung gewinnt. Oft haben Gesellschafter auch ein Sonderrecht auf Geschäftsführung. Dann oder wenn die Gesellschafter je zur Hälfte an der Gesellschaft beteiligt sind, stellen sich zusätzliche Fragen. Teil I des Beitrags behandelt die Voraussetzungen sowohl einer ordentlichen Abberufung als auch einer Abberufung von Gesellschafter-Geschäftsführern aus wichtigem Grund und gibt praxisrelevante Hinweise. Im Folgebeitrag werden hieran anknüpfend Fragen im Zusammenhang mit der Durchsetzung einer Abberufung, wie der Wirksamkeitszeitpunkt, die Verwirkung der Abberufungsmöglichkeit, wechselseitige Abberufungen und der Beschlussmängelstreit über einen Abberufungsbeschluss behandelt.

I. Grundsatz: Freie und jederzeitige Abberufbarkeit eines Geschäftsführers

1

§

38 Abs. 1 GmbHG statuiert den Grundsatz der freien und jederzeitigen Abberufbarkeit der Geschäftsführer. Das unbeschränkte Abberufungsrecht ist die Kehrseite der gem. § 37 Abs. 2 GmbHG im Außenverhältnis unbeschränkten Vertretungsmacht des Geschäftsführers. § 38 Abs. 1 GmbHG ermöglicht den Gesellschaftern zu reagieren, wenn sie meinen, dass das Leitungsorgan ausgetauscht oder verändert werden sollte. Insbesondere können sie so auf veränderte Rahmenbedingungen oder auf Glücklosigkeit bei der Führung der Geschäfte reagieren.

1. Allgemeines

2

Die ordentliche Abberufung bedarf weder einer Begründung noch einer vorherigen Anhörung des Betroffenen.¹ Sie erfolgt, vorbehaltlich abweichender statutarischer Regelungen, mit einfacher Mehrheit. Der Betroffene unterliegt bei einer ordentlichen Abberufung keinem Stimmverbot,² ebenso wenig bei der ordentlichen Kündigung seines

Geschäftsführeranstellungsvertrages.³ Die Abberufung kann zwar befristet, aber nicht bedingt vorgenommen werden.⁴

3

Auch wenn ein Geschäftsführer notwendiges Organ jeder GmbH ist (§

6 Abs. 1 GmbHG), ist die Abberufung des einzigen Geschäftsführers möglich. Nach Abberufung des einzigen Geschäftsführers haben die Gesellschafter ein freies Ermessen, wen sie zum Nachfolger bestellen. Die gesellschaftlerliche Treupflicht verpflichtet den Gesellschafter nicht, gerade eine ganz bestimmte Person oder gar einen der Gesellschafter zum Geschäftsführer zu bestellen.⁵ Können sich die Gesellschafter nicht auf die Bestellung eines neuen Geschäftsführers einigen, so muss die Bestellung eines Notgeschäftsführers nach § 29 BGB beantragt werden.⁶ Eine freie Abberufbarkeit des Notgeschäftsführers ist nicht möglich. Das Amtsende des Notgeschäftsführers lässt sich aber durch Neubestellung eines Geschäftsführers erreichen.

4

Der Grundsatz der freien und jederzeitigen Abberufbarkeit gilt nur in einer nicht mitbestimmten GmbH, es sei denn die mitbestimmte GmbH unterliegt dem DrittelbG.⁷ Geschäftsführer einer nach MitbestG oder MontanMitbestG mitbestimmten GmbH können während ihrer Amtszeit nur aus wichtigem Grund vorzeitig abberufen werden (§

31 MitbestG bzw. § 13 MontanMitbestG jeweils i.V.m. § 84 Abs. 4 AktG). Zuständiges Abberufungsorgan ist dann nicht die Gesellschafterversammlung, sondern das Plenum des Aufsichtsrats; einer Delegation an Aufsichtsratsausschüsse steht § 107 Abs. 3 Satz 3 AktG entgegen.⁸ Eine Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung besteht hier nicht, auch nicht ersatzweise. Bei Mitbestimmung nach dem DrittelbG ist zuständiges Abberufungsorgan, trotz

GmbHR 2023, 1124

des obligatorisch (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 DrittelbG) zu bildenden Aufsichtsrats, vorbehaltlich abweichender statutarischer Bestimmungen, die Gesellschafterversammlung.⁹

5

Die Interessen des Geschäftsführers werden nach dem gesetzlichen Konzept allein im Rahmen seines Anstellungsverhältnisses geschützt.¹⁰ Organ- und Anstellungsverhältnis stellen unterschiedliche Rechtsverhältnisse dar, die selbständig nebeneinander stehen und demgemäß auch rechtlich unabhängig voneinander nach den jeweiligen für sie geltenden Vorschriften beendet werden können (sog. Trennungstheorie).¹¹ Die Abberufung als Geschäftsführer hat für sich genommen also noch keinen Einfluss auf den Anstellungsvertrag. Dieser und die sich hieraus ergebenden Vergütungsansprüche bestehen zunächst einmal fort.¹² Ob das Anstellungsverhältnis vorzeitig beendet werden kann, hängt nicht von §

38 Abs. 1 GmbHG, sondern davon ab, ob die wesentlich strengeren Voraussetzungen des § 626 Abs. 1 BGB ebenfalls erfüllt sind. Im Gegensatz zur freien und jederzeitigen Widerruflichkeit der Organstellung steht der GmbH das Recht zur Kündigung des

Anstellungsverhältnisses nur zu, wenn ihr dessen Fortsetzung unter Abwägung der beiderseitigen Interessen und Umstände des Einzelfalls bis zum Ablauf der Kündigungsfrist unzumutbar ist. Umgekehrt stellt die Abberufung eines Geschäftsführers gem. § 38 Abs. 1 GmbHG vorbehaltlich abweichender anstellungsvertraglicher Regelungen kein vertragswidriges Verhalten der Gesellschaft i.S.v. § 628 Abs. 2 BGB dar und berechtigt den abberufenen Geschäftsführer nicht zur Kündigung seines Geschäftsführer-Anstellungsvertrages aus wichtigem Grund.¹³

6

Das rechtliche Schicksal von Organstellung und Anstellungsverhältnis kann jedoch vertraglich miteinander verknüpft werden. Die weitreichendste Koppelungsklausel besteht darin, dass der Geschäftsführer-Anstellungsvertrag auflösend bedingt durch die Abberufung als Geschäftsführer geschlossen wird.¹⁴ Denkbar ist aber auch, die Abberufung als Geschäftsführer (oder zumindest die Abberufung als Geschäftsführer aus wichtigem Grund) als Kündigung des Anstellungsvertrages zu definieren.¹⁵ Häufig wird auch die Beendigung der Organstellung als Grund für eine Kündigung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages ausgestaltet. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung der Koppelungsklausel führt eine solche wegen §

622 Abs. 5 BGB, wonach kürzere als die dort genannten Fristen nicht wirksam vereinbart werden können, aber nicht dazu, dass das Anstellungsverhältnis fristlos endet, obwohl es an einem wichtigen Grund fehlt. Vielmehr muss zumindest die Kündigungsfrist des § 622 BGB eingehalten werden,¹⁶ wenn nicht für die Beendigung des Geschäftsführer-Anstellungsverhältnisses zugleich ein wichtiger Grund i.S.v. § 626 BGB vorliegt. Fehlt ein wichtiger Grund, so wirkt die Kündigung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages nicht sofort, sondern nur mit einer § 622 Abs. 1 BGB entsprechenden Frist.

2. Notwendigkeit eines sachlichen Grundes bei der ordentlichen Abberufung eines Gesellschafter-Geschäftsführers

7

Bei Gesellschafter-Geschäftsführern kann sich eine Einschränkung des Grundsatzes der freien Abberufbarkeit aus den zwischen den Gesellschaftern bestehenden Treubindungen ergeben. Die gesellschafterliche Treupflicht verpflichtet die Gesellschafter, sich bei Ausübung ihrer mitgliedschaftlichen Befugnisse, insbesondere also auch bei der Ausübung des Stimmrechts an den Interessen der Gesellschaft und dem Gesellschaftszweck zu orientieren und dem zuwiderlaufende Maßnahmen zu unterlassen. Die Ausübung eigennütziger Mitgliedsrechte findet ihre Schranken in dem Verbot einer willkürlichen, unverhältnismäßigen Rechtsausübung. Weiter gebietet die Treupflicht, auf die mitgliedschaftlichen Interessen anderer Gesellschafter in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen.¹⁷ Insbesondere ist den Belangen der Minderheit Rechnung zu tragen und dürfen deren Rechte nicht über Gebühr verkürzt werden. Diese Rücksichtnahmepflicht ist die Kehrseite des Mehrheitsprinzips und der damit einhergehenden Möglichkeit, die Interessen der Mitgesellschafter zu beeinträchtigen.¹⁸

8

In Anwendung dieser allgemeinen Grundsätze wird in der Rechtsprechung für die personalistische GmbH teilweise die Auffassung vertreten, dass bei dieser die Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers nicht willkürlich, also ohne jeden

GmbHR 2023, 1125

sachlichen Grund, erfolgen darf.¹⁹ Weniger streng hat der BGH in der Managermodell-Entscheidung bei der Beurteilung der Wirksamkeit einer Hinauskündigungsklausel allerdings angenommen, dass der betroffene Gesellschafter-Geschäftsführer ohne Grund abberufen werden könne, solange dies „nicht in einer Treu und Glauben widersprechenden Weise“ erfolge.²⁰ In der Literatur wird mit unterschiedlichen Akzentuierungen zumindest eine „eingeschränkte Rücksichtnahme“ auf die Belange des Betroffenen für notwendig erachtet und eine einigermaßen nachvollziehbare Entscheidung gefordert.²¹

9

Richtigerweise bewirkt die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an der GmbH als solche noch keine Einschränkung der freien Abberufbarkeit. Auch wenn der Gesellschaftsvertrag für einen Gesellschafter-Geschäftsführer kein Sonderrecht auf Geschäftsführung und keine Abberufungsbeschränkungen statuiert, ist es den Mitgesellschaftern aber untersagt, den Betreffenden aus vollständig sachfremden Motiven abberufen zu lassen. Mehr als ein *Willkürverbot* ergibt sich aus der gesellschaftsrechtlichen Treupflicht jedoch nicht. Insbesondere muss kein wichtiger Grund vorliegen. Jede nicht erkennbar vorgeschobene, inhaltlich vertretbare Rechtfertigung für die Abberufung genügt.²² Die ordentliche Abberufung eines Gesellschafter-Geschäftsführers kann hingegen nicht auf haltlose, erkennbar konstruierte, treuwidrige oder sonst wie rechtswidrige bzw. rechtlich nicht schutzwürdige Gründe gestützt werden. Als sachlicher Grund für die Abberufung reicht insbesondere unglückliches Geschäftsgebaren²³ aus oder, dass die Gesellschaftermehrheit das Vertrauen in den Betroffenen verloren hat.²⁴ Das gilt auch, wenn sich die Gründe für den Vertrauensverlust nachträglich als nicht zutreffend erweisen.²⁵ Unwirksam ist jedoch etwa die Abberufung eines Gesellschaftergeschäftsführers, weil dieser gesetzliche Pflichten erfüllt bzw. erfüllen will, z.B. indem er bei objektivem Vorliegen einer Insolvenzantragspflicht einen entsprechenden Antrag vorbereitet.

10

Für die Tatsache, dass die Abberufung aus unsachlichen Gründen erfolgte, trägt der Abberufene die Darlegungs- und Beweislast.²⁶ Die Gründe für seine Abberufung sind ihm auf Nachfrage zu nennen. Unterbleibt dies, ist das beschlussbegleitende Recht des abberufenen Gesellschafters auf Aussprache verletzt und der Abberufungsbeschluss aus diesem Grund anfechtbar.²⁷

3. Keine Analoge Anwendung von §§ 117, 127 HGB bei der Zwei-Personen-GmbH

11

Nach §§

117, 127 HGB kann einem OHG-Gesellschafter die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis nur durch gerichtliche Entscheidung entzogen werden. Voraussetzung hierfür ist wiederum das Vorliegen eines wichtigen Grundes. Für die Zwei-

Personen-GmbH, an der die beiden Gesellschafter-Geschäftsführer jeweils zur Hälfte beteiligt sind, wird vereinzelt die Auffassung vertreten, die enge Verbundenheit mit und die außergewöhnliche Angewiesenheit auf das Unternehmen der Gesellschaft begründeten die analoge Anwendung von §§ 117, 127 HGB.²⁸ Die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnisse könnten daher nur aus wichtigem Grund entzogen werden. Ferner sei die Abberufung durch bloßen Gesellschafterbeschluss so lange als unwirksam zu behandeln, bis ihre Wirksamkeit durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung festgestellt sei. Die Analogie werde durch den Umstand getragen, dass die Gesellschafter-Geschäftsführer bei der Zwei-Personen-GmbH mit je hälftiger Beteiligung der Gesellschafter durch den Widerruf der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis in gleichem Maße betroffen würden wie der geschäftsführende Gesellschafter einer OHG in vergleichbarer Lage.

12

Die Rechtsprechung²⁹ und der überwiegende Teil des Schrifttums³⁰ lehnen eine analoge Anwendung der §§

117, 127 HGB auf die GmbH zu Recht ab. Auch in einer Zwei-Personen-Gesellschaft bedarf es also für die ordentliche Abberufung keines wichtigen Grundes oder einer sie bestätigenden rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung. §§ 117, 127 HGB sind auf das Verhältnis einer Personengesellschaft mit Selbstorganschaft zugeschnitten. Grund für die Notwendigkeit einer Gestaltungsklage ist dort die persönliche Haftung des Betroffenen, wegen derer der Fortbestand seiner Geschäftsführungsbefugnis und damit des Widerspruchsrechts nach § 115 Abs. 1 HGB gegen Maßnahmen eines anderen persönlich haftenden Gesellschafters sowie der Fortbestand seiner Vertretungsbefugnis (insbesondere bei sonst entstehender Einzelvertretungsbefugnis des Kontrahen-

GmbHR 2023, 1126

ten) für den Betroffenen von besonderer Bedeutung ist. Eine derartige persönliche Haftung gibt es im GmbH-Recht gem. § 13 Abs. 2 GmbHG gerade nicht.

4. Beschränkungen durch Vereinbarungen außerhalb der Satzung

13

Es ist anerkannt, dass Gesellschafter Rechtsverhältnisse in oder zu der Gesellschaft auch außerhalb der Satzung durch schuldrechtliche Nebenabrede regeln können, soweit nicht zwingendes Recht entgegensteht.³¹ Ein Formerfordernis besteht grundsätzlich nicht. Die Gesellschaft kann gem. §

328 BGB als Dritte aus der Vereinbarung der Gesellschafter eigene Rechte herleiten.³² Allerdings bindet die in Abweichung zur Satzung getroffene schuldrechtliche Vereinbarung nur deren Vertragsparteien, nicht deren Rechtsnachfolger.

14

Auch schuldrechtliche Vereinbarungen, die den Grundsatz der freien Abberufbarkeit einschränken, sind im Grundsatz gestattet.³³ Einschränkungen der freien Abberufbarkeit außerhalb der Satzung, insbesondere im Anstellungsvertrag, schützen den Geschäftsführer allerdings nicht effektiv gegen eine jederzeitige Abberufung, da schuldrechtliche Vereinbarungen keine kooperationsrechtlichen Wirkungen entfalten.³⁴

Sieht die Satzung keine Beschränkung der Abberufung vor, hindert eine anders lautende Vereinbarung im Anstellungsvertrag die Gesellschafter nicht, frei nach §

38 Abs. 1 GmbHG zu verfahren; Gesetz und Gesellschaftsvertrag gehen der schuldrechtlichen Abrede vor. Auf schuldrechtlicher Ebene ist die Vereinbarung **allerdings** wirksam, so dass ihre Verletzung die Gesellschaft zum Schadensersatz, gegebenenfalls auch im Wege der Naturalrestitution (§ 249 BGB), verpflichtet.

15

Der Verstoß eines Gesellschafterbeschlusses gegen außerhalb der Satzung zwischen Gesellschaftern getroffene Nebenabreden begründet im Grundsatz kein unmittelbares Anfechtungsrecht.³⁵ Das gilt aber nicht ausnahmslos. Schließt ein Gesellschafter-Geschäftsführer mit sämtlichen Gesellschaftern einen Stimmbindungsvertrag, wonach er nur aus wichtigem Grund **soll** abberufen werden können, so muss er bei vertragswidriger Stimmabgabe keine Klage gegen seine Mitgesellschafter auf Verurteilung zur gegenteiligen Stimmabgabe erheben. Vielmehr kann er ausnahmsweise einen unmittelbaren Anspruch gegenüber der Gesellschaft geltend machen und den vertragswidrigen Beschluss anfechten, wenn die vertragliche Bindung gegenüber sämtlichen GmbH-Gesellschaftern besteht, also seit deren Abschluss kein Gesellschafterwechsel stattgefunden hat.³⁶

5. Besonderheiten im Eigenverwaltungsverfahren

16

Ist die Gesellschaft in einer Sanierungssituation und wird ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung angeordnet (§§

270 ff. InsO), so ist das Vertrauen der Gesellschafter in einen Geschäftsführer oftmals beschädigt. Die Gesellschafterversammlung kann dann gleichwohl nicht frei nach § **38 Abs. 1 GmbHG** verfahren. Nach § 276a Abs. 1 Satz 3 InsO ist vielmehr im Eigenverwaltungsverfahren für die Abberufung und Neubestellung von Geschäftsführern die Zustimmung des Sachwalters erforderlich. Solange die Zustimmung nicht vorliegt, ist die Abberufung schwebend unwirksam.³⁷ Der Sachwalter hat die Zustimmung zu erteilen, wenn die Abberufung zu keinen Nachteilen für die Gläubiger führt, sich also ihre Befriedigungsaussichten nicht verschlechtern. Obwohl der Wortlaut von § 276a Abs. 1 Satz 3 InsO etwas anderes nahelegt, besteht die Zustimmungspflicht nicht nur dann, wenn sicher ist, dass die Maßnahme nicht zu Nachteilen für die Gläubiger führt, sondern schon dann, wenn vernünftigerweise zu erwarten ist, dass keine solchen Nachteile drohen.³⁸ Die Praxis zieht aus § 276a InsO die Konsequenz, die Geschäftsführung bereits im Zuge der Vorbereitung der Eigenverwaltung zu verändern, um in optimaler personeller Besetzung in einen Sanierungsprozess zu gehen.³⁹

II. Abberufung aus wichtigem Grund

1. Beschränkbarkeit der Abberufungsmöglichkeit auf wichtige Gründe

17

Der Grundsatz der freien und jederzeitigen Abberufbarkeit ist disponibel. Nach §

38 Abs. 2 Satz 1 GmbHG kann im Gesellschaftsvertrag die Zulässigkeit des Widerrufs der Geschäftsführerbestellung auf den Fall beschränkt werden, dass wichtige Gründe

vorliegen. Die Abberufungsbeschränkung muss in der Satzung nicht ausdrücklich geregelt sein, sie kann sich auch durch Auslegung ergeben, z.B. bei Bestellung des Geschäftsführers auf Lebenszeit oder für die Dauer der Gesellschaft oder seiner Mitgliedschaft oder bei mitgliederschaftlichen Sonderrechten auf Bestellung eines Geschäftsführers. Die Bestellung eines Geschäftsführers in der Ursprungssatzung stellt hingegen regelmäßig kein Sonderrecht dar.

2. Kein Ausschluss und keine Erschwerung der Abberufbarkeit aus wichtigem Grund

18

Die Möglichkeit, den Geschäftsführer aus wichtigem Grund abzurufen, kann durch die Satzung weder ausgeschlossen noch

GmbHR 2023, 1127

erschwert werden.⁴⁰ Für die Gesellschaft ungünstige vertragliche Regelungen in Geschäftsführeranstellungsverträgen (z.B. eine Vereinbarung der materiellen Regeln des Kündigungsschutzgesetzes oder eine hohe Abfindung) sind zwar wegen der damit gegebenenfalls einhergehenden wirtschaftlichen Belastungen geeignet, die Gesellschafterversammlung in ihrer Abberufungsentscheidung zu beeinflussen. Derartige mittelbare Auswirkungen stellen aber trotzdem keine unzulässige Erschwerung der freien Abberufbarkeit dar.⁴¹ Unwirksam ist aber, die wichtigen Abberufungsgründe abschließend zu normieren oder anderweitig Umstände auszuschließen, die bei objektiver Betrachtung einen wichtigen Grund darstellen.⁴² Satzungsklauseln, die die Abberufung vollständig ausschließen, sind geltungserhaltend dahingehend zu reduzieren, dass nur eine Abberufung aus wichtigem Grund möglich ist.⁴³

a) Mehrheitserfordernis

19

Über die Abberufung aus wichtigem Grund kann die Gesellschafterversammlung stets mit *einfacher Mehrheit* entscheiden, selbst wenn die Satzung für sämtliche Beschlüsse höhere Mehrheitserfordernisse vorsieht.⁴⁴ Grund ist, dass die Mehrheit der Minderheit einen Geschäftsführer, der der Gesellschaft aus wichtigem Grund nicht länger zuzumuten ist, nicht soll aufzwingen können. Eine Ausnahme gilt für nach dem MitbestG mitbestimmte GmbHs; hier bedarf die Abberufung nach §

31 Abs. 2, Abs. 5 MitbestG einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Aufsichtsratsmitglieder. Auch zusätzliche Anforderungen, die die Satzung für eine Abberufung vorsieht, wie z.B. die Bindung an die Individualzustimmung eines Gesellschafters oder die Durchführung einer vorherigen Anhörung des Geschäftsführers sollen im Fall einer Abberufung aus wichtigem Grund nicht gelten.⁴⁵

b) Stimmverbot des Betroffenen bei (tatsächlichem) Vorliegen eines wichtigen Grundes

20

Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ist der betroffene Gesellschafter-Geschäftsführer nicht stimmberechtigt.⁴⁶ Das ist in dem allgemeinen Prinzip begründet, dass niemand Maßnahmen durch seine Stimme verhindern darf, die sich aus wichtigem Grund gegen ihn richten. Auch ein Mehrheitsgesellschafter kann also bei Vorliegen eines wichtigen

Grundes von der Minderheit als Geschäftsführer abberufen werden. Das Stimmverbot erfasst dabei auch alle Gesellschafter, die die in Rede stehende Pflichtverletzung zusammen mit dem Betroffenen begangen haben,⁴⁷ sowie Gesellschafter, die von dem Betroffenen maßgeblich beeinflusst werden.⁴⁸ Es erfasst jedoch nicht ohne Weiteres auch Ehegatten oder andere enge Familienmitglieder des betroffenen Gesellschafters.⁴⁹ Auch bei der Kündigung seines Geschäftsführeranstellungsvertrages aus wichtigem Grund ist der Betroffene vom Stimmrecht ausgeschlossen.⁵⁰ Trotz des Stimmverbots hat der Betroffene Anwesenheits- und Rederecht auf der Gesellschafterversammlung⁵¹ sowie Anspruch auf Aussprache zu dem Abberufungsgrund. Bestehende Stimmverbote können per einstweiliger Verfügung durchgesetzt werden, wenn ein wichtiger Grund evident vorliegt und eine besonders schwere Beeinträchtigung der Interessen des Antragstellers durch das Mitstimmen droht.⁵²

21

Im Ergebnis sind die Stimmen des Betroffenen bei der Ermittlung des Beschlussergebnisses allerdings nur dann außen vor zu lassen, wenn der behauptete wichtige Grund tatsächlich vorliegt.⁵³ Für das Stimmverbot genügt die bloße (substantiierte) Behauptung eines wichtigen Grundes also nicht, um bei der Abstimmung über die Abberufung bei dem Betroffenen ein Stimmverbot zu erzeugen und um seine Stimmen vorläufig nicht mitzuzählen.⁵⁴ Stimmt der Betroffene mit, obwohl in Wahrheit der wichtige Grund vorliegt, obliegt es im Grundsatz, vorbehaltlich einer Beschlussfeststellung, dem die Abberufung betreibenden Gesellschafter mittels positiver Beschlussfeststel-

GmbHR 2023, 1128

lungsklage, gerichtlich klären zu lassen, dass ein Stimmverbot vorlag und der Abberufungsbeschluss trotz unzulässiger Teilnahme des Betroffenen bei der Beschlussfassung wirksam zustande gekommen ist. In der Praxis gibt es deshalb eine klare Tendenz der Betroffenen, auch wenn in ihrer Person ein wichtiger Grund vorliegt, die höchstrichterliche Rechtsprechung zum Stimmverbot zu ignorieren und gegen die eigene Abberufung zu stimmen,⁵⁵ weil das im Regelfall unklare Abstimmungsergebnisse schafft. Denn ob tatsächlich ein wichtiger Grund vorliegt, steht dann erst mit Rechtskraft einer gerichtlichen Entscheidung fest, wobei gelegentlich der die Abberufung Betreibende keine Beschlussmängelklage erhebt und die Dinge auf sich beruhen lässt.

22

Wie ein etwaiger Versammlungsleiter im Rahmen des Abstimmungsvorgangs und der sich regelmäßig hieran anschließenden Beschlussfeststellung mit dieser Unsicherheit, ob der (substantiiert) behauptete wichtige Grund tatsächlich vorliegt, umzugehen hat, ist umstritten. Theoretisch entscheidet er nach bestem Wissen, neutral und auf Grundlage des wahren Sachverhalts. Tatsächlich ist der Sachverhalt aber zumeist höchst umstritten, wird die Rechtslage regelmäßig interessengeleitet ausgelegt und ist auch der Versammlungsleiter in dem Abberufungskonflikt keineswegs neutral. Oftmals wird deshalb in der Praxis nicht das richtige Abstimmungsergebnis festgestellt, sondern das für den Versammlungsleiter bzw. den von diesem unterstützten Gesellschafter günstige. Der Umgang mit diesem Phänomen muss berücksichtigen, dass ein Versammlungsleiter, der einen wichtigen Grund in der Person eines Mehrheitsgesellschafters oder paritätisch

beteiligten Gesellschafters annimmt, diesen in die „Minderheitsposition“ drängt und ihm die Klagelast auferlegt, da er nun gezwungen ist, innerhalb der Monatsfrist des §

246 Abs. 1 AktG analog Beschlussmängelklage gegen den Abberufungsbeschluss zu erheben. Zudem muss er mittels Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung sicherstellen, dass er sein Amt bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache weiter ausüben kann. Es ist daher als Korrektiv geboten, unter engen Voraussetzungen eine persönliche Haftung des Versammlungsleiters für seine getroffene Beschlussfeststellung anzunehmen.⁵⁶ Insbesondere, wenn der Versammlungsleiter die Abberufung in der konkreten Situation pflichtwidrig, unvertretbar oder sogar willkürlich vornimmt, ist ein haftungsbegründender Sorgfaltspflichtverstoß gegenüber der Gesellschaft anzunehmen, wegen dessen auch dem abberufenen Gesellschafter nach den Grundsätzen eines Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter gem. § 280 BGB Schadensersatzansprüche zustehen.⁵⁷ Dem Versammlungsleiter wird deshalb bei unklaren Verhältnissen vielfach zu raten sein, sich einer Beschlussfeststellung sicherheitshalber zu enthalten, jedenfalls aber keine (interessengeleiteten) pflichtwidrigen, unvertretbaren oder sogar willkürlichen Beschlussfeststellungen zur Abberufung vorzunehmen. Mit einer „*Flucht aus der Verantwortung*“⁵⁸ hat das nichts zu tun, weil die Erkenntnismöglichkeiten des Versammlungsleiters auf der Gesellschafterversammlung häufig begrenzt sind, so dass es gerade bei sachverhaltsseitig unklaren Situationen verantwortungsvoller ist, keine mehr oder weniger zufällige vorläufige Verbindlichkeit eines Beschlussergebnisses in die eine oder andere Richtung zu erzeugen. Erfolgt gleichwohl eine Beschlussfeststellung, so ist diese aber vorläufig verbindlich, sofern nicht die Abberufung eines Geschäftsführers mit Sonderrecht auf Geschäftsführung als wirksam festgestellt wird.

23

Liegt der behauptete wichtige Grund zur Abberufung tatsächlich nicht vor, so sind alle Stimmen, die gleichwohl für die Abberufung aus wichtigem Grund abgegeben werden, treuwidrig und damit unbeachtlich.⁵⁹ Das gilt unabhängig davon, ob das Fehlen des wichtigen Grundes zum Zeitpunkt der Beschlussfassung erkennbar war oder nicht.

c) Zustimmungspflicht zur Abberufung

24

Bei mehrgliedrigen Gesellschaften, bei denen der die Abberufung betreibende Gesellschafter auch bei Stimmrechtsausschluss des Mitgesellschafter-Geschäftsführers, über dessen Abberufung beschlossen werden soll, nicht über die einfache Mehrheit der Stimmen verfügt, stellt sich die Frage, ob die übrigen Gesellschafter *bei Vorliegen eines wichtigen Grundes* eine positive Stimmpflicht haben, der Abberufung zuzustimmen oder ob sie die Abberufung zumindest nicht mit ihren Stimmen verhindern dürfen. Dies nehmen Rechtsprechung und Literatur nahezu einhellig an.⁶⁰ Die Stimme des rechtsmissbräuchlich handelnden Gesellschafters ist dann bei der Feststellung des Beschlussergebnisses nicht mitzuzählen, ein mit seiner Stimme gefasstes ablehnendes Beschlussergebnis ist anfechtbar.⁶¹ Nur vereinzelt wird vertreten, dass es keinen Automatismus gäbe, dass im Falle eines die Abberufung rechtfertigenden Pflichtverstoßes die Gesellschafterversammlung zur Abberufung verpflichtet wäre, so dass die übrigen Gesellschafter auch wenn in der Person eines Geschäftsführers ein

wichtiger Grund vorliegt, einen Ermessensspielraum hätten, ob die Gesellschaft von ihrem Abberufungsrecht Gebrauch machen soll oder nicht.⁶²

GmbHR 2023, 1129

25

Insofern stellt sich allenfalls die Frage, ob ausnahmsweise eine Einschränkung des Grundsatzes, dass das Vorliegen eines wichtigen Grundes zu einer positiven Stimmpflicht und als Minus hierzu auch zu einer Treuwidrigkeit einer die Abberufung ablehnenden Stimme führt, in Fällen geboten ist, in denen das Bestehen eines wichtigen Grundes auf der Gesellschafterversammlung unklar ist.⁶³ Die faktischen Erkenntnisschwierigkeiten auf der Gesellschafterversammlung, bei der über die Abberufung beschlossen wird, sind die gleichen, wie bei der Frage, ob der Betroffene vom Stimmrecht ausgeschlossen ist. Entscheidend ist in beiden Fällen nur, ob ein wichtiger Grund tatsächlich vorliegt oder nicht. Wenn es aber für den Stimmrechtsausschluss des Betroffenen nur darauf ankommt, ob der wichtige Grund tatsächlich vorliegt, kann das hinsichtlich einer positiven Stimmpflicht der übrigen Gesellschafter bzw. der Treuwidrigkeit einer Gegenstimme nicht anders sein.

26

Soweit die Voraussetzungen für eine positive Stimmpflicht aller Gesellschafter vorliegen, der Abberufung eines Geschäftsführers aus wichtigem Grund zuzustimmen, ist naheliegend, dass diesem im Wege einer einstweiligen Verfügung auch ein Tätigkeitsverbot bis zu seiner Abberufung auferlegt werden kann.⁶⁴ Hierauf kann es ankommen, wenn z.B. Einberufungsverlangen nach §

50 Abs. 1 GmbHG ignoriert werden oder der Betroffene durch Fernbleiben von einer wirksam einberufenen Gesellschafterversammlung deren Beschlussunfähigkeit herbeiführt. Denkbar ist auch, per einstweiliger Verfügung auf das Abstimmungsverhalten der Mitgesellschafter Einfluss zu nehmen und die Einhaltung der Zustimmungspflicht mit gerichtlicher Hilfe schon im Vorfeld der Gesellschafterversammlung durchzusetzen.⁶⁵ Allerdings sind die Gerichte nach wie vor äußerst zurückhaltend, Stimmgebote per einstweiliger Verfügung durchzusetzen.⁶⁶ In Fällen, in denen der wichtige Grund und die Stimmpflicht der Mitgesellschafter klar zu Tage liegt, kann eine entsprechende Leistungsverfügung ausnahmsweise aber doch erfolversprechend sein.

27

Ist einem Gesellschafter ein Präsentations- oder Benennungsrecht eingeräumt, so sind die übrigen Gesellschafter verpflichtet, auf Verlangen des Sonderrechtsberechtigten der Abberufung des von diesem zuvor benannten Geschäftsführers zuzustimmen. Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn das Gesellschaftsinteresse das Verbleiben des Geschäftsführers zwingend erfordert; dass bloß sachliche Gründe gegen die Beendigung der Organstellung sprechen, beseitigt die Zustimmungspflicht hingegen nicht.⁶⁷

d) Die Abberufung eines Geschäftsführers mit Sonderrecht auf Geschäftsführung aus wichtigem Grund

28

Auch die Abberufung eines Geschäftsführers mit satzungsmäßigem Sonderrecht auf Geschäftsführung ist aus wichtigem Grund möglich. Aus der statutarischen Einschränkung der freien Abberufbarkeit folgt aber nicht ohne Weiteres, der Gesellschafter-Geschäftsführer sei Sonderrechtsinhaber; ⁶⁸ ebenso wenig aus einem Einstimmigkeitserfordernis oder einem Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit für den Abberufungsbeschluss. Bei Abberufung eines Geschäftsführers mit satzungsmäßigem Geschäftsführungssonderrecht soll der Beschluss über die Abberufung als Entzug bzw. Einschränkung des satzungsmäßigen Sonderrechts nach dem OLG Nürnberg den für Satzungsänderungen vorgeschriebenen Formerfordernissen genügen müssen. Denn jede faktische Beeinträchtigung eines satzungsmäßigen Sonderrechts sei nach den Regeln über die Abschaffung dieses Sonderrechts zu behandeln. Auch das Vorliegen eines wichtigen Grundes befreie nicht von dem Formerfordernis des §

53 Abs. 2 GmbHG. Der Beschluss über die Abberufung eines Geschäftsführers mit Geschäftsführungssonderrecht müsse also notariell beurkundet werden. ⁶⁹ Diese Sichtweise ist zwar zweifelhaft, weil ein Entzug des Sonderrechts nicht unbedingt auch dessen dauerhafte Abschaffung bedeuten muss und die Zustimmung des Betroffenen zum Entzug seines Sonderrechts auch formlos erklärt werden kann. Um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, empfiehlt es sich für den die Abberufung betreibenden Gesellschafter in der Praxis aber gleichwohl, die Abberufung eines Geschäftsführers mit satzungsmäßigem Sonderrecht vorsorglich notariell beurkunden zu lassen. Da nicht damit gerechnet werden kann, dass der Abberufene das notarielle Protokoll unterzeichnen wird, empfiehlt es sich dann nicht, dieses nach §§ 8 ff. BeurkG als Niederschrift zu fertigen. Vielmehr sollte ein Tatsachenprotokoll nach § 36 BeurkG gefertigt werden. Dies muss der Gesellschafter mit dem Notar, den er in die Gesellschafterversammlung stellt, im Vorfeld abstimmen.

29

Die nachträgliche Einführung einer freien Abberufbarkeit der Geschäftsführer durch *Abschaffung des satzungsmäßigen Sonderrechts auf Geschäftsführung* bedarf der Zustimmung des sonderrechtsberechtigten Gesellschafters. ⁷⁰ Hingegen ist die Zustimmung aller Gesellschafter nicht erforderlich, wenn eine allgemeine Satzungsregelung geändert wird, wonach Geschäftsführer nur aus wichtigem Grund abberufen werden können. Keiner Individualzustimmung aller Gesellschafter bedarf die nachträgliche Einführung einer Satzungsregelung, wonach

GmbHR 2023, 1130

ohne Zuerkennung eines Sonderrechts die Abberufung von Geschäftsführern auf wichtige Gründe beschränkt wird. ⁷¹ Dagegen bedarf die *nachträgliche Einführung eines statutarischen Sonderrechts auf Geschäftsführung* unter dem Gesichtspunkt ungleicher Begünstigung (§

53 Abs. 3 GmbHG) der Zustimmung sämtlicher übriger Gesellschafter. ⁷²

3. Definition des wichtigen Grundes

a) Grundsätze und Maßstäbe

30

Ob ein wichtiger Grund für die Abberufung des Geschäftsführers vorliegt, kann nur anhand aller Umstände des Einzelfalls entschieden werden. Es kommt darauf an, ob der Gesellschaft bei Würdigung aller im konkreten Fall wesentlichen Umstände unter Berücksichtigung der widerstreitenden Interessen⁷³ der *Verbleib* des Geschäftsführers in seiner bisherigen Stellung bis zum Ablauf seiner Amtszeit *nicht mehr zugemutet werden* kann.⁷⁴ Erforderlich ist also eine *Zukunftsprognose*. Bei der Interessenabwägung zu berücksichtigende Umstände sind dabei insbesondere die Schwere der Verfehlung, deren Folgen für die Gesellschaft, der durch sie verursachte Vertrauensverlust, das Ausmaß des Verschuldens und die Größe der Wiederholungsgefahr von pflichtwidrigem Verhalten sowie die personelle Struktur der Gesellschaft. Ein Verschulden des Geschäftsführers ist für die Annahme eines wichtigen Grundes nicht zwingend erforderlich; ebenso nicht, dass der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist.⁷⁵ Ist ohnehin das Ende der Organstellung abzusehen, kann das Verbleiben des Geschäftsführers umso eher zumutbar sein, je kürzer die Frist ist.⁷⁶ Ein langjähriges einwandfreies Verhalten des Geschäftsführers ist zu seinen Gunsten zu berücksichtigen⁷⁷, vermag aber mehrere vorsätzliche Pflichtverstöße nicht aufzuwiegen.⁷⁸ Auch der Umfang der Kapitalbeteiligung des Geschäftsführers an der Gesellschaft ist abwägungsrelevant.⁷⁹ Eine Wiedergutmachung des Schadens ist zugunsten des Geschäftsführers zu berücksichtigen, ebenso fehlendes Verschulden oder die Absicht zum Besten der Gesellschaft zu handeln. Hingegen fallen Versuche, das schadensstiftende Verhalten vor der Gesellschafterversammlung auf deren Nachforschungen hin zu verheimlichen, unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensverlustes erheblich zu seinen Lasten ins Gewicht.⁸⁰ Auch die Folgen der Abberufung für den Betroffenen und etwaige Verdienste um die Gesellschaft fließen ergänzend in den Abwägungsvorgang mit ein. Außerordentliche Verdienste um die Gesellschaft vermögen tendenziell aber nur einen einmaligen, ggf. sogar einen groben Pflichtverstoß entschuldigen, nicht jedoch auch mehrere gravierende Pflichtverstöße aufzuwiegen.⁸¹ Soweit den Interessen der Gesellschaft durch *mildere Mittel* (z.B. die Anordnung von Gesamtvertretung oder die Änderung der Aufgabenverteilung innerhalb der Geschäftsführung) Genüge getan werden kann, gebietet es die gesellschafterliche Treuepflicht, den Gesellschafter-Geschäftsführer nicht abuberufen. Bei einer GmbH & Co. KG genügt auch eine Pflichtverletzung gegenüber der KG.⁸²

31

Im *Konzern* oder bei Beteiligungen der GmbH an anderen Gesellschaften sowie bei anderweitigen gemeinsamen unternehmerischen Aktivitäten der Gesellschafter ist nicht erforderlich, dass der wichtige Grund gerade bei der Gesellschaft, bei der über die Abberufung Beschluss gefasst wird, vorliegt. Vielmehr können auch wichtige Gründe in der Person eines Geschäftsführers, die bei einer anderen Gesellschaft geschehen sind, seine Abberufung als Geschäftsführer rechtfertigen.⁸³ Je enger die betroffenen Gesellschaften miteinander verwoben sind und je schwerwiegender der wichtige Grund ist, desto eher stellen auch Vorkommnisse bei einer anderen Gesellschaft einen Grund zur Abberufung des Betroffenen in einem anderen Unternehmen dar. Insbesondere rechtfertigt gravierendes Fehlverhalten auf Ebene der Muttergesellschaft auch die Abberufung als Geschäftsführer deren Tochter- oder Schwester-GmbH; ebenso kann ein Fehlverhalten auf Ebene einer in- oder ausländischen Konzerntochter oder Konzernschwester einen wichtigen Grund zur Abberufung auf der Ebene der Holding-GmbH darstellen oder ein Fehlverhalten bei einer anderen Gesellschaft mit identischem

oder nahezu identischem Gesellschafterkreis auf die GmbH durchschlagen. Denn die Abberufung eines Geschäftsführers aus wichtigem Grund ist nicht in erster Linie eine Sanktion wegen eines Fehlverhaltens, sondern Folge der Unzumutbarkeit der weiteren Geschäftsführertätigkeit für die Gesellschaft.⁸⁴

32

Überwiegend wird davon ausgegangen, dass das pflichtwidrige Verhalten in der Eigenschaft als Geschäftsführer begangen sein muss und dass eine *Heranziehung des Verhaltens in der Eigenschaft als Gesellschafter* nur ergänzend möglich ist.⁸⁵ Die zulässige Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten kann eine Abberufung als Geschäftsführer in der Tat niemals rechtfertigen. Jedenfalls bei schweren Treupflichtverstößen auf Gesellschafterebene muss die Entfernung des Betroffenen aus seiner Or-

GmbHR 2023, 1131

ganstellung aber unabhängig davon möglich sein, ob er sich als Geschäftsführer etwas hat zu Schulden kommen lassen. Wer als Gesellschafter z.B. eine gesellschaftsfeindliche Einstellung zur GmbH offenbart, ist regelmäßig nicht geeignet, die Geschicke eben dieser Gesellschaft zu leiten.⁸⁶

33

Besonders *strenge Anforderungen* an die Annahme eines wichtigen Grundes sind im Interesse der Stabilität der Führung des Unternehmens *bei der zweigliedrigen GmbH* zu stellen (näher unter II.5,

Rz. 48).⁸⁷ Zweigliedrige GmbH in diesem Sinne ist nicht nur eine GmbH mit zwei Gesellschaftern, sondern auch eine Gesellschaft, in der sich zwei Gesellschaftergruppen oder Familienstämme als festgefügte Blöcke gegenüberstehen.⁸⁸ Hier können Verfehlungen des einen Gesellschafters Fehlverhalten des anderen in einem milderem Licht erscheinen lassen. Vor allem wird durch die Abberufung eines Gesellschafters das regelmäßig bestehende System wechselseitiger Befugnisse und Kontrollmöglichkeiten einseitig zu Lasten dieses Gesellschafters bzw. seines Gesellschafterstammes verschoben. Für die Durchsetzung unternehmerischer Vorstellungen ist das Geschäftsführeramt die zentrale Machtposition, zumal sie unbeschränkten Zugriff auf alle im Unternehmen vorhandenen Informationen gewährt und dem Gesellschafter zumindest faktisch auch ermöglicht, Mitarbeiter so einzusetzen, wie es dem Gesellschafter persönlich in der argumentativen Auseinandersetzung nützt (z.B. durch Erstellung von Ausarbeitungen, Konzeptionen o.Ä.). Die Voraussetzungen, unter denen einem Gesellschafter-Geschäftsführer der Ausschluss von einer Teilhaber an der Geschäftsführung zugemutet werden kann bzw. dem die Abberufung betreibenden Gesellschafter ein Übergewicht bei der Leitung und Kontrolle der Gesellschaft verschafft werden kann, sind deshalb gegenüber einer mehrgliedrigen Gesellschaft verschärft. Bei einer zweigliedrigen GmbH müssen die Bedenken gegen die weitere Geschäftsführung des Abzuberufenden so stark sein, dass diese eine schwere Verletzung oder Gefährdung der Gesellschaftsinteressen zur Folge haben würde.⁸⁹ Insbesondere ist Zurückhaltung geboten, auf bloß einmalige Vorfälle eine Abberufung aus wichtigem Grund zu stützen.⁹⁰ Ferner fließen die bei der betroffenen Gesellschaft üblichen Usancen und

Verhaltensstandards, die sich herausgebildet haben, verstärkt mit in den Abwägungsvorgang ein: Wenn etwa die beiden Gesellschafter-Geschäftsführer schon immer in stillschweigendem Einverständnis ihren privaten Heiztank auf Kosten der GmbH haben füllen lassen oder wenn sich die wechselseitig bekannte Gepflogenheit herausgebildet hat, die Firmentankkarte auch für Privatwagen zu nutzen, dann ist das bei einer zweigliedrigen GmbH jedenfalls solange ausnahmsweise kein wichtiger Grund, solange kein Gesellschafter die zukünftige Einstellung dieser gelebten Praxis verlangt. Selbstverständlich ist es aber auch bei der paritätischen Zwei-Personen-Gesellschaft nicht ausgeschlossen, dass die Gesellschaft sich von einem Geschäftsführer trennt, der in grober Weise gegen seine Pflichten verstoßen hat.⁹¹

34

Regelmäßig reichen alle Gründe für eine außerordentliche Kündigung des Anstellungsvertrages des Geschäftsführers auch für dessen Abberufung aus wichtigem Grund aus.⁹² Das gilt erst recht für alle Umstände, die einen Widerruf einer Pensionszusage⁹³ oder einen Ausschluss aus der Gesellschaft rechtfertigen.⁹⁴ Dagegen ist umgekehrt, vorbehaltlich einer wirksamen Koppelungsklausel, ein wichtiger Grund für die Abberufung keinesfalls notwendigerweise zugleich ein wichtiger Grund für die Kündigung des Anstellungsvertrages.⁹⁵ Dies folgt daraus, dass zwischen den Gesellschaftern und dem Geschäftsführer ein besonderes Vertrauensverhältnis bestehen muss, das schon durch relativ unbedeutende Vorfälle nachhaltig gestört werden kann. Daher gelten für die Beurteilung des Verhaltens von Geschäftsführern strengere Maßstäbe als bei sonstigen Angestellten.⁹⁶

35

Mehrere an sich unbeachtliche Gründe können zu einem wichtigen Grund kumulieren.⁹⁷ Auch an sich schon überholte Vorfälle können ergänzend mit herangezogen werden, wenn sich der Geschäftsführer neue Verfehlungen hat zu Schulden kommen lassen, die auf derselben Linie liegen.⁹⁸

36

Es ist zulässig, in der Satzung bestimmte Umstände wie z.B. das Verfehlen bestimmter wirtschaftlicher Kennzahlen als wichtige Abberufungsgründe zu definieren, obwohl diese bei objektiver Betrachtung keinen wichtigen Grund darstellen.⁹⁹

b) Regelbeispiele und weitere Anwendungsfälle

37

§

38 Abs. 2 Satz 2 GmbHG zählt mit der *groben Pflichtverletzung* und mit der *Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung* nur *Regelbeispiele* auf, die stets einen wichtigen Grund darstellen. Umstände, welche die Abberufung des Geschäftsführers aus wichtigem Grund rechtfertigen können, ohne dass es sich bei ihnen aber um absolute Abberufungsgründe handelt, sind dabei insbesondere:¹⁰⁰

- unzulässige Entnahme aus dem Geschäftsvermögen ¹⁰¹ oder Vermengung privater und betrieblicher Ausgaben, ¹⁰²
- Veranlassung vorzeitiger Tantiemeauszahlung, auf die kein Anspruch besteht, ¹⁰³
- Duldung von Scheinrechnungen Dritter für nicht erbrachte Leistungen, ¹⁰⁴
- Beteiligung an strafbaren Handlungen, jedenfalls wenn sie sich gegen die Gesellschaft richten, ¹⁰⁵
- Sonstiges strafbares Verhalten, das eine hohe kriminelle Intensität zeigt, insbesondere Untreue oder Betrug, ¹⁰⁶
- Annahme von Schmiergeldern, Ausnutzung der Organstellung zur Erlangung privater Vorteile von Vertragspartnern der GmbH ¹⁰⁷ und Entgegennahme von Kick-Backs,
- Bestechung ¹⁰⁸, Zahlung von Schmiergeldern, ¹⁰⁹
- Führung schwarzer Kassen, ¹¹⁰
- Fälschen von Rechnungsbelegen ¹¹¹ (etwa „Spesenbetrug“ ¹¹²) – auch einmaliger geringfügiger Spesenbetrug ¹¹³ oder vorsätzliche Falschabrechnung eines geringfügigen Betrages, ¹¹⁴
- Bilanzmanipulationen ¹¹⁵ und Nichterfüllung von Buchführungspflichten, ¹¹⁶
- wiederholte Kompetenzüberschreitungen (näher unter II.3.d],
Rz. 39 ¹¹⁷) oder sehr weitgehende Kompetenzüberschreitung ¹¹⁸, auch wenn die Maßnahme in Abstimmung mit dem Mehrheitsgesellschafter (statt der Gesellschafterversammlung) erfolgt,
- Missachtung der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs des Mitgeschäftsführers gegen anstehende bedeutende Geschäftsführungsmaßnahmen, ¹¹⁹
- Änderung der Grundlagen der Geschäftspolitik ohne Gesellschafterbeschluss, ¹²⁰
- Ankündigung, den Gesellschaftszweck künftig nicht weiter zu verfolgen, ¹²¹
- Kooperationsverweigerung mit Mitgeschäftsführern ¹²²; feindseliges Verhalten gegenüber anderen Geschäftsführern, ¹²³
- irreparables Zerwürfnis zwischen den Geschäftsführern (näher unten II.3.e],
Rz. 41), ¹²⁴
- Verletzung des Kollegialitätsprinzips und wiederholte Übergriffe in den Kompetenzbereich des Mitgeschäftsführers, ¹²⁵
- unterbliebene Offenlegung von Interessenkonflikten bei Abschluss von an sich zulässigen Rechtsgeschäften, ¹²⁶

- Weigerung des Geschäftsführers, der Gesellschaft Auskunft über seine Tätigkeit zu geben¹²⁷ bzw. vorsätzliche Falschinformationen, zumindest bei Vorsatz,¹²⁸
- das Abschneiden eines Gesellschafters von Informationen durch die Kombination einer nicht fristgemäßen Vorlage des Jahresabschlusses und die eigenmächtige Verweigerung von Einsichtnahmen in die Bücher,¹²⁹
- Verstöße gegen §
51a GmbHG,¹³⁰
- Weigerung zulässige Weisungen der Gesellschafterversammlung umzusetzen,¹³¹
- ---

GmbHR 2023, 1133
halbherziges Umsetzen von Weisungen der Gesellschafterversammlung¹³² bzw. Zerstörung der Vertrauensgrundlage,¹³³
- beharrliche einseitige Parteinahme bei Gesellschafterkonflikt unter Verletzung von Neutralitätspflichten, z.B. durch Einreichung einer vorsätzlich falschen Gesellschafterliste oder durch Nicht-Einreichen einer erkennbar richtigen neuen Liste,¹³⁴
- vorsätzlich Falschaussage in einer gerichtlichen Streitigkeit zwischen den Gesellschaftern,¹³⁵
- sachwidrige Blockade dringend notwendiger Geschäftsführungsmaßnahmen,¹³⁶
- fehlende Zusammenarbeit mit und mangelnde Offenheit gegenüber dem Aufsichtsrat,¹³⁷
- Verletzung eines Wettbewerbsverbotes¹³⁸, insbesondere bei Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der GmbH,
- Abwerbung von Mitarbeitern zugunsten eines Konkurrenzunternehmens,¹³⁹
- Verstoß gegen die Geschäftschancenlehre¹⁴⁰, einschließlich verdeckter Eigengeschäfte,¹⁴¹
- Tätlichkeiten gegenüber Mitgeschäftsführern oder Arbeitnehmern,¹⁴²
- Erhebung von unberechtigten Strafanzeigen gegen Gesellschafter,¹⁴³
- schwerwiegende Loyalitätsverletzungen,¹⁴⁴
- sexuelle Belästigung von Mitarbeitern oder Mitarbeiterinnen,¹⁴⁵
- schwerwiegende Störung des Betriebsfriedens¹⁴⁶, z.B. durch massive Druckausübung auf Mitarbeiter,¹⁴⁷
- Abgabe einer Vermögensauskunft¹⁴⁸ oder Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens¹⁴⁹ oder sonstige die Geschäftsführungsaufgaben gefährdende Unordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Geschäftsführers,¹⁵⁰

- Duldung von Pflichtwidrigkeiten eines Mitgeschäftsführers¹⁵¹ oder Untätigkeit bei gravierenden Compliance-Verstößen im Unternehmen,¹⁵²
- operative Untätigkeit in der Krise der Gesellschaft,¹⁵³
- Verstoß gegen die Pflicht zur Einberufung der Gesellschafterversammlung, insbesondere bei Verlust der Hälfte des Stammkapitals,¹⁵⁴
- Weigerung zu einer Gesellschafterversammlung zu laden oder dort gem. § 50 Abs. 2 GmbHG verlangte Tagesordnungspunkte anzukündigen¹⁵⁵ sowie grundlose Absage einer Gesellschafterversammlung zur Verhinderung unliebsamer Beschlüsse,
- Kartellverstöße,¹⁵⁶
- Verletzung von Geheimhaltungspflichten zum Nachteil der Gesellschaft,¹⁵⁷
- fehlende Konzernüberwachung,¹⁵⁸
- lang andauernde Krankheit¹⁵⁹ (einschließlich „Burn-Out-Syndrom“),
- suchartige Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenabhängigkeit, die sich negativ auf die Aufgabenerfüllung auswirkt,¹⁶⁰
- ---

 GmbHR 2023, 1134
hohes Alter, jedenfalls bei nachlassenden Kräften des Geschäftsführers,¹⁶¹
- Anordnung einer Betreuung (§ 1896 Abs. 1 BGB),¹⁶²
- mangelnder Arbeitseinsatz¹⁶³ oder beständig mangelnde Sorgfalt,¹⁶⁴
- die ultimative Abberufungsforderung Dritter, auf deren Kooperation die Gesellschaft existenziell angewiesen ist,¹⁶⁵
- nicht nur vorübergehende oder in der Dauer nicht absehbare Haft.¹⁶⁶

c) Nicht ausreichende Vorkommnisse

38

Nicht ausreichend für eine Abberufung aus wichtigem Grund sind hingegen regelmäßig:

- Der Vertrauensentzug durch die Gesellschafterversammlung, sofern die Gründe für den Vertrauensentzug wiederum nicht selbst wichtige Gründe zur Abberufung darstellen.¹⁶⁷ Allerdings findet in der mitbestimmten GmbH über § 31 Abs. 1 MitbestG, § 12 MontanMitbestG und § 13 Satz 1 MontanMitbestErgG § 84 AktG Anwendung, so dass dort auch der bloße Vertrauensentzug durch die Gesellschafterversammlung für eine Abberufung genügt.

- Umstände, in deren Kenntnis das Bestellungsorgan die Bestellung gleichwohl beschlossen hat,¹⁶⁸
 - sachliche Differenzen zwischen Geschäftsführern, solange die Gesellschafterversammlung die zu verfolgende Unternehmenspolitik nicht festgelegt hat,¹⁶⁹
 - der Wegfall des Bedürfnisses für eine weitere Tätigkeit des Geschäftsführers,¹⁷⁰
 - die Verletzung allein irgendwelcher Organpflichten¹⁷¹, insbesondere einer Anmeldepflicht zum Handelsregister¹⁷² oder eines Kompetenzverstößes mit mutmaßlichem Einverständnis der Gesellschafterversammlung,¹⁷³
 - ein einmaliger Verstoß gegen §
181 BGB,¹⁷⁴
 - öffentliche Kritik an der Geschäftspolitik der Gesellschafter, wenn diese sachbezogen und sachlich ist,¹⁷⁵
 - Presseinformationen unter Verstoß gegen Verschwiegenheits- und Loyalitätspflichten, wenn die Vorgänge der Öffentlichkeit ohnehin schon bekannt waren,¹⁷⁶
 - außergewöhnliche Geschäfte in einem Rahmen, in dem die Gesellschafter zuvor Geschäfte genehmigt oder geduldet haben,¹⁷⁷
 - kompetenzwidrige Vertragsschlüsse, die im Interesse der Gesellschaft lagen, gegen die die Gesellschafter keine Einwände hatten und über die sie informiert waren sowie anderen Verstößen gegen rein formale Bestimmungen,¹⁷⁸
 - einmalige Pflichtverletzungen eines langjährigen Organmitglieds, das sich bislang nichts hatte zu Schulden kommen lassen,¹⁷⁹
 - einmalige unternehmerische Fehlleistungen,¹⁸⁰
 - mehrjährige unter Branchendurchschnitt liegende Geschäftsergebnisse, jedenfalls bei Anhaltspunkten für äußere Einflüsse¹⁸¹; anhaltende unternehmerische Erfolglosigkeit kann allerdings auf mangelnde Eignung hindeuten,¹⁸²
-
- GmbHR 2023, 1135
hohes Alter als solches,¹⁸³
 - einmalige verbale Entgleisungen,¹⁸⁴
 - erhebliche Verschuldung des Geschäftsführers,¹⁸⁵
 - eigenmächtiger Urlaubsantritt,¹⁸⁶
 - Verfehlungen im persönlichen Lebensbereich, die keine negativen Auswirkungen auf den Geschäftsbereich oder die Aufgabenerfüllung als Geschäftsführer haben,¹⁸⁷

- das Abstimmungsverhalten als Gesellschafter, jedenfalls solange dieses nicht treuwidrig ist,¹⁸⁸
- Nebentätigkeiten ohne Genehmigung, wenn auf deren Erteilung ein Anspruch besteht,¹⁸⁹
- versehentliche Buchung einer Privatausgabe auf dem Geschäftskonto oder Buchung einer geringfügigen Privatausgabe auf der Firmenkreditkarte, jeweils wenn unverzüglich eine Erstattung an die Gesellschaft erfolgt (z.B. Nutzung der Firmentankkarte für den Pkw des Ehepartners).¹⁹⁰

d) Kompetenzverstöße

39

Besondere praktische Bedeutung haben Kompetenzverstöße und Kompetenzüberschreitungen, z.B. wegen der Missachtung statutarischer Zustimmungskataloge oder wegen der Missachtung des von einem Mitgeschäftsführer erklärten Widerspruchs gegen eine an sich zulässige Maßnahme. Zustimmungskataloge gelten dabei im Zweifelsfall konzernweit.¹⁹¹ Auch sehr alte Zustimmungskataloge mit anachronistisch niedrigen Wertgrenzen sind zu beachten, wenn die Gesellschafter sich nicht auf eine Erhöhung der Wertgrenzen verständigen können.¹⁹² Ein Gesellschafter-Geschäftsführer, der die Gesellschafterversammlung übergeht, kann sich nicht darauf berufen, dass er einen sein Verhalten deckenden Mehrheitsbeschluss hätte herbeiführen können.¹⁹³ Dass die veranlasste kompetenzwidrige Maßnahme im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft lag, nimmt ihr zwar nicht *per se* den Charakter einer Pflichtwidrigkeit, lässt den Pflichtverstoß aber in einem milderem Licht erscheinen.¹⁹⁴ Gleiches gilt, wenn der Gesellschaft durch den Kompetenzverstoß kein Schaden entstanden ist.¹⁹⁵ Eine längere Untätigkeit des Abberufenden in Kenntnis des Sachverhalts und ein jahrelanges Praktizieren-Lassen eines kompetenzwidrig geschlossenen Vertrags sprechen dagegen, den Verstoß als gravierend einzustufen.¹⁹⁶

40

Inwieweit eine nachträgliche Genehmigung kompetenzwidrigen Verhaltens der Gesellschaft auch die Möglichkeit nimmt, eine Abberufung hierauf zu stützen, ist Frage des Einzelfalls. Entscheidend ist, ob das kompetenzwidrige Verhalten unter dem Druck der nach außen hin geschaffenen Zustände nur wohl oder übel akzeptiert wurde oder ob die Kompetenzüberschreitung tatsächlich gebilligt werden sollte.¹⁹⁷ Wurde dem Betroffenen in Kenntnis des Kompetenzverstoßes förmlich Entlastung erteilt, ist hierwegen eine Abberufung ausgeschlossen. Bei der Beschlussfassung über die Billigung vorheriger Kompetenzüberschreitungen hat der Gesellschafter-Geschäftsführer, der das jeweilige Rechtsgeschäft vorgenommen hatte, nach §

47 Abs. 4 Satz 1 GmbHG sowohl unter dem Gesichtspunkt der Spezialentlastung als auch unter dem Gesichtspunkt der Befreiung von einer Verbindlichkeit, nämlich einer Haftung nach § 43 GmbHG, kein Stimmrecht. Im Rahmen der nachträglichen Billigung hat dabei im Streitfall der Gesellschafter, der gegen die Kompetenzordnung verstoßen hat, darzulegen und zu beweisen, dass kein unzulässiger Sondervorteil gewährt worden ist.¹⁹⁸ Für die nachträgliche Genehmigung ist dieselbe Mehrheit erforderlich, die für die vorherige Einwilligung in die betreffende Maßnahme notwendig gewesen wäre.¹⁹⁹

e) Zerwürfnisse

41

Auch *ständige Konflikte zwischen den Geschäftsführern* bilden in der Person jedes der verfeindeten Geschäftsführer, der zu dem Zerwürfnis wesentlich beigetragen hat, einen wichtigen Grund. Dies deshalb, da deren Zusammenarbeit für das Tagesgeschäft unentbehrlich ist. Die Gesellschafterversammlung kann hier denjenigen abberufen, auf dessen künftige Tätigkeit sie weniger Wert legt. Dies gilt grundsätzlich auch für Gesellschafter-Geschäftsführer.²⁰⁰ Nicht erforderlich ist indes, dass

GmbHR 2023, 1136

der Verursachungsbeitrag des Abzuberufenden überwiegt²⁰¹ oder dass er schuldhaft erfolgte.²⁰² Bei wechselseitigem Beitrag zu Zerwürfnis können deshalb regelmäßig beide Kontrahenten abberufen werden.²⁰³ In Zwei-Personen-Gesellschaften verlieren folglich regelmäßig beide Gesellschafter-Geschäftsführer ihr Amt, wenn sie wesentlich zu dem Konflikt beigetragen haben. Wer im Glashaus sitzt, kann dann nur um den Preis des Verlusts der eigenen Organstellung die Abberufung seines Mitgesellschafters durchsetzen.

42

Nach dem OLG Köln soll die Rechtsprechung zu Dauerkonflikten zwischen zwei Geschäftsführern auch auf *Zerwürfnisse zwischen Geschäftsführer und Gesellschaftermehrheit* zu übertragen sein, mit der Folge, dass der Geschäftsführer aus wichtigem Grund unabhängig von der Verschuldensfrage soll abberufen werden können.²⁰⁴ Dem ist in dieser Allgemeinheit nicht zuzustimmen. Ebenso wenig wie ein nicht durch wichtige Gründe getragener Vertrauensentzug durch die Gesellschafterversammlung einen wichtigen Grund zur Abberufung darstellt,²⁰⁵ genügt ein Zerwürfnis mit dem Mehrheitsgesellschafter zur Abberufung aus wichtigem Grund, wenn der Betroffene sich keine Pflichtverletzungen hat zu Schulden kommen lassen; eine Pflichtverletzung kann allerdings auch darin liegen, dass der Geschäftsführer sich in einem Gesellschafterkonflikt zum willfährigen Werkzeug der Interessen einer Seite macht und die ihm insoweit obliegende Neutralitätspflicht nicht wahr.²⁰⁶ Alles andere liefe auf eine freie Widerruflichkeit der Organstellung hinaus. Die Gesellschaftermehrheit hat es regelmäßig in der Hand, durch Weisungen an den Geschäftsführer die rechtlichen Rahmenbedingungen für dessen Tätigkeit detailliert festzusetzen. Missachtet der Geschäftsführer seine daraus resultierende Folgepflicht, kann das einen Abberufungsgrund darstellen. Sind die Mehrheitsverhältnisse allerdings so verteilt, dass Weisungsbeschlüsse der Gesellschafterversammlung nicht zustande kommen, weil der Minderheitsgesellschafter die unternehmerischen Vorstellungen des Mehrheitsgesellschafters nicht mitträgt, besteht auch kein wichtiger Grund zur Abberufung des Geschäftsführers aus wichtigem Grund. In derartigen Konstellationen kann der Geschäftsführer dann aber nicht seine Vorstellungen bzw. die des Minderheitsgesellschafters durchsetzen, weil er unternehmerische Maßnahmen, die im mutmaßlichen Widerspruch zur Auffassung der Gesellschaftermehrheit sind, seinerseits der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung und Billigung vorlegen muss.²⁰⁷ Die Gesellschafter müssen sich also miteinander arrangieren. Gelingt dies nicht und blockieren Mehrheits- und Minderheitsgesellschafter wechselseitig die Verwirklichung der unternehmerischen Vorstellungen der jeweils anderen Seite, besteht der eigentliche

Konflikt auf Gesellschafterebene und weniger zwischen Geschäftsführer und Mehrheitsgesellschafter. Wird diese Pattsituation nicht gelöst, bleibt nur die Möglichkeit der Auflösung.

f) Darlegungs- und Beweislast

43

Die Darlegungs- und Beweislast für das Vorliegen eines wichtigen Grundes liegt nach allgemeinen Grundsätzen unbeschadet der formellen Parteistellung bei der Partei, die sich darauf beruft.²⁰⁸ Diese Darlegungs- und Beweislast bezieht sich auf alle Umstände, also nicht nur auf die belastenden, sondern insbesondere auch auf die entlastenden Umstände oder auf etwaige Rechtfertigungsgründe.²⁰⁹ Den Abberufenen trifft hinsichtlich der entlastenden oder rechtfertigenden Gründe jedoch eine sekundäre Behauptungslast.²¹⁰ Der Abberufene muss also gegebenenfalls behaupten, weshalb kein wichtiger Grund vorliegt. Es ist dann Sache des die Abberufung betreibenden Gesellschafters, diese Behauptungen zu widerlegen. Die Beweislastumkehr, die für den Schadensersatzanspruch der Gesellschaft gegen den Geschäftsführer aus §

43 Abs. 2 GmbHG analog § 93 Abs. 2 Satz 2 AktG angenommen wird, gilt für das Vorliegen eines wichtigen Grundes nicht.²¹¹ Besteht Streit, ob eine Zahlung des Geschäftsführers an sich selbst pflichtgemäß war, muss die Gesellschaft zwar im Rückzahlungsprozess nur darlegen, dass der Geschäftsführer auf einen möglicherweise nicht bestehenden Anspruch geleistet hat. Es ist dann Sache des Geschäftsführers darzulegen und gegebenenfalls zu beweisen, dass er einen Zahlungsanspruch hatte.²¹² Soll wegen derselben Zahlung die Abberufung des Geschäftsführers erfolgen, muss der Geschäftsführer substantiiert vortragen, weshalb die Zahlung gerechtfertigt gewesen sein soll. Geschieht das, muss die Gesellschaft im Abberufungsprozess die Rechtsgrundlosigkeit der Zahlung beweisen.

44

Bei schweren Verstößen gegen Geschäftsführerpflichten, die sich letztlich aber nicht aufklären lassen, sollen auch ernsthafte Verdachtsmomente in Bezug auf einen Sachverhalt, der bei seinem Vorliegen einen wichtigen Grund darstellen würde, eine Abberufung aus wichtigem Grund ermöglichen (*Verdachts-*

GmbHR 2023, 1137

abberufung). Dafür müssen allerdings objektive Anhaltspunkte für eine schwere Pflichtverletzung, insbesondere eine Straftat vorliegen, die eine erhebliche Wahrscheinlichkeit bzw. einen dringenden Tatverdacht begründen.²¹³

4. Kenntnis von der Pflichtwidrigkeit der die Abberufung betreibenden Gesellschafter

45

Bei der mehrgliedrigen GmbH schließt allein das Wissen eines die Abberufung mitbetreibenden Gesellschafters um die pflichtwidrige Handlung des Gesellschafter-Geschäftsführers das Vorliegen eines wichtigen Grundes nicht aus. Nur wenn das zuständige Organ, regelmäßig also die Gesellschafterversammlung, das pflichtwidrige Verhalten des Gesellschafter-Geschäftsführers hinnimmt, kann dies geeignet sein, den Geschäftsführer zu entlasten.²¹⁴ Dem ist der Fall gleichzustellen, dass sämtliche

Gesellschafter Kenntnis von dem Pflichtverstoß des Gesellschafter-Geschäftsführers haben und diesen dulden.

5. Eigene Pflichtwidrigkeiten der die Abberufung betreibenden Gesellschafter

46

Eigenes unrechtmäßiges Verhalten des abberufenden Gesellschafter-Geschäftsführers, das seinerseits einen wichtigen Grund zur Abberufung begründete, schließt die Abberufung des anderen Gesellschafter-Geschäftsführers ebenfalls nicht aus. Sind zwei oder mehr Geschäftsführer untereinander so zerstritten, dass eine Zusammenarbeit zwischen ihnen nicht mehr möglich ist, so kann jeder von ihnen aus wichtigem Grund abberufen werden, der durch sein Verhalten nicht bloß unerheblich zu dem Zerwürfnis beigetragen hat.²¹⁵

47

Dass die Abberufung des anderen Gesellschafter-Geschäftsführers trotz eigener Pflichtverletzungen möglich ist, gilt im Grundsatz auch in der *Zwei-Personen-GmbH*. Der vom BGH aufgestellte Grundsatz der Unwirksamkeit des Ausschlusses aus einer Zwei-Personen-GmbH, wenn auch in der Person des sie betreibenden Gesellschafters Umstände vorliegen, die seine Ausschließung rechtfertigen, wird also auf die Abberufung eines Geschäftsführers nicht übertragen. Die Abberufung ist mit der Ausschließung aus der Gesellschaft nicht vergleichbar.²¹⁶ Dies deshalb, weil es beim Gesellschafterausschluss darauf ankommt, inwieweit den übrigen Gesellschaftern die Fortsetzung der Gesellschaft mit dem betreffenden Mitglied zumutbar ist, während es im Falle des Entzugs der Geschäftsführung darauf ankommt, inwieweit es der Gesellschaft zumutbar ist, den Geschäftsführer in seiner Stellung zu belassen.

48

Bei der *Zwei-Personen-GmbH* werden jedoch bei eigenen Pflichtwidrigkeiten des die Abberufung betreibenden Gesellschafters *höhere Anforderungen an einen wichtigen Grund* gestellt, als bei einer mehrgliedrigen Gesellschaft.²¹⁷ Einzelne Verfehlungen, die in einer mehrgliedrigen Gesellschaft schon einen wichtigen Grund darstellen würden, genügen bei Vorliegen eigener Pflichtwidrigkeiten nicht notwendigerweise für die Abberufung des anderen Gesellschafter-Geschäftsführers. Diese Ausnahme trägt der Realstruktur einer Zwei-Personen-GmbH Rechnung. Einerseits ist hier die Bestimmung des wichtigen Grundes mehr gesellschaftler- als gesellschaftsbezogen vorzunehmen. Liegen in der Person des die Abberufung betreibenden Gesellschafters gleichfalls wichtige Gründe vor, die seine Abberufung als Geschäftsführer aus wichtigem Grund rechtfertigen, so lässt dies das Verhalten des anderen Geschäftsführers regelmäßig in milderem Licht erscheinen.²¹⁸ Andererseits verändert eine Abberufung die Machtbalance meist gravierender, als bei einer mehrgliedrigen Gesellschaft.

6. Abberufungserklärung

49

Die Abberufung muss dem Geschäftsführer mitgeteilt werden, um wirksam zu werden. Die Abberufungserklärung kann formfrei erfolgen.²¹⁹ Zuständig für die Mitteilung ist das Abberufungsorgan, regelmäßig also die Gesellschafterversammlung. Erfährt der

Abzuberufene nur zufällig über den gefassten Beschluss, macht das die Abberufung nicht wirksam.²²⁰ Eine gesonderte Mitteilung ist nur entbehrlich, wenn der Geschäftsführer bei der Abstimmung über seine Abberufung anwesend ist; in diesem Fall fallen Abberufung und Zugang der Abberufungserklärung zusammen.²²¹ Der Geschäftsführer, über dessen Abberufung Beschluss gefasst wird, bleibt in der Praxis der Gesellschafterversammlung deshalb vielfach fern oder lässt sich dort, dies jedoch ausschließlich in seiner Eigenschaft als Gesellschafter, nicht auch als Organ, durch einen Rechtsanwalt vertreten, weil sonst die Notwendigkeit der Mitteilung der Abberufung/Kündigung an ihn – und damit eine potentielle Fehlerquelle zu seinen Gunsten – entfällt.

50

Die Gesellschafterversammlung kann einen Gesellschafter oder Dritten bevollmächtigen, für sie gegenüber dem Abzuberufenden die Abberufung bzw. die Kündigung des Anstellungsvertrages zu erklären. Diese Erklärungen müssen von dem Bevollmächtigten nicht zwingend persönlich abgegeben werden. Beschließt die Gesellschafterversammlung die Abberufung eines von zwei Geschäftsführern, so kann aber nicht ohne weiteres von der schlüssigen Erteilung einer Vollmacht zur Abgabe der

GmbHR 2023, 1138

Abberufungserklärung an den anderen Geschäftsführer ausgegangen werden.²²² Ebenso wenig ist der Aufsichtsrats- oder Beiratsvorsitzende vorbehaltlich einer abweichenden Regelung in Satzung oder Geschäftsordnung, ohne ausdrückliche Ermächtigung des Aufsichtsrats bzw. Beirats als ermächtigt anzusehen, den Gremienbeschluss über die Abberufung mitzuteilen.²²³ Soweit keine gegenteiligen Anhaltspunkte vorliegen, beinhaltet die Bevollmächtigung eines Geschäftsführers oder Gesellschafters zur Mitteilung der Abberufungserklärung bzw. zur fristlosen Kündigung des Anstellungsvertrages im Hinblick auf die rechtliche Komplexität der Beendigung von Dauerschuldverhältnissen stillschweigend auch das Recht zur Unterbevollmächtigung anwaltlicher Beistände.²²⁴ Zur Vermeidung von Unsicherheiten empfiehlt es sich, die Befugnis zur Einschaltung von Bevollmächtigten und Untervertretern ausdrücklich im Beschluss des Abberufungsorgans zu regeln.

51

Der Geschäftsführer kann die Abberufungserklärung unverzüglich zurückweisen, wenn der die Abberufungserklärung abgebende Vertreter der Gesellschafterversammlung keine schriftliche Vollmachtsurkunde vorlegt.²²⁵ Zur Vermeidung einer Zurückweisung nach §

174 BGB sollte daher bei der Abberufungs- bzw. Kündigungserklärung der Beschluss mit der Bevollmächtigung im Original beigefügt werden.²²⁶ Ausreichend ist dabei die Unterzeichnung des Protokolls mit dem entsprechenden Gesellschafterbeschluss durch den Protokollführer allein; einer Unterzeichnung des Protokolls durch sämtliche Gesellschafter bedarf es nicht; alles andere wäre insbesondere bei einer größeren Anzahl von Gesellschaftern gänzlich unpraktikabel.²²⁷ Bis zur höchstrichterlichen Klärung ist jedoch vorsorglich eine Unterzeichnung der Vollmacht durch sämtliche Gesellschafter zu empfehlen, wobei diese wiederum durch ihre jeweiligen Organe in vertretungsberechtigter Anzahl vertreten sein sollten. Zu beachten ist allerdings, dass es sich bei der Zurückweisung ihrerseits um ein einseitiges Rechtsgeschäft handelt, auf das § 174 BGB

Anwendung findet ²²⁸ und dass eine Zurückweisung erst nach sechs Tagen schon nicht mehr „unverzüglich“ i.S.v. § 174 BGB sein kann. ²²⁹

7. Hausverbot

52

Flankierend zu der Abberufung und Kündigung kann einem abberufenen Gesellschafter-Geschäftsführer auch Hausverbot erteilt werden. Die Inhaberschaft an Geschäftsanteilen einer GmbH berechtigt, soweit dies nicht ausnahmsweise zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten (z.B. Auskunfts- und Einsichtsrecht nach §

51a GmbHG, Teilnahmerecht an Gesellschafterversammlungen) erforderlich ist, nicht dazu, die Geschäftsräume des Unternehmens zu betreten und sich dort aufzuhalten. ²³⁰ Zuständig für die Erteilung des Hausverbots gegenüber einem ehemaligen Gesellschafter-Geschäftsführer ist nach § 46 Nr. 5 GmbHG analog die Gesellschafterversammlung. ²³¹

8. Neubestellung des Abberufenen

53

Ein Geschäftsführer, der aus wichtigem Grund abberufen worden ist, kann nicht ohne Weiteres erneut zum Geschäftsführer bestellt werden. ²³² Eine Neubestellung wird man nur zulassen können, wenn dafür beachtenswerte Gründe vorliegen, z.B. Genesung nach schwerer Erkrankung. Bei zuvor erfolgten schweren Pflichtverletzungen wird das aber regelmäßig nicht der Fall sein. Hat sich die Situation seit der Abberufung nicht geändert, missbrauchen die Gesellschafter, die für die Neubestellung stimmen, ihr Stimmrecht. Denn kein Gesellschafter hat das Recht, Personen, die eine Gefahr für die Gesellschaftsinteressen darstellen und deshalb für die Gesellschaft untragbar sind, in das Amt des Geschäftsführers zu wählen. Stimmabgaben, die gegen dieses Verbot verstoßen, sind bei der Feststellung des Beschlussergebnisses nicht mitzuzählen. Soweit objektiv berechnete schwerwiegende Zweifel vorliegen, dass der erneut zum Geschäftsführer Berufene die Geschäfte der Gesellschaft ordnungsgemäß führen wird, kann jeder Gesellschafter die Wiederbestellung also verhindern, selbst wenn der Wiederberufene das Vertrauen der Gesellschaftermehrheit besitzt. ²³³

Dr. Rolf Leinekugel

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht

Partner bei OPPENLÄNDER Rechtsanwälte PartmbB, Stuttgart

Schwerpunkte: Gesellschaftsrecht, M&A, Schiedsverfahren

leinekugel@oppenlaender.de

www.oppenleander.de



¹

² Vgl. BGH v. 4.7.1960 – II ZR 168/58, NJW 1960, 1861 für Genossenschaft. BGH v. 28.1.1985 – II ZR 79/84, GmbHR 1985, 256, 259; BGH v. 24.2.1992 – II ZR 79/91, GmbHR 1992, 299 BGH v. 4.4.2017 – II ZR 77/16 Rz. 10 GmbHR 2017, 707 OLG Köln v. 30.8.2007 – 18 U 53/07 Rz. 26

3 2023, § 38 GmbHG Rz. 6

4 BGH v. 26.3.1984 – II ZR 120/83, BGHZ 91, 217, 218 = GmbHR 1984, 312.

Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 15a; *Diekmann* in Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, 6. Aufl.

5 2023, Band 3, § 42 Rz. 42.

6 KG v. 8.12.2022 – 23 U 111/22

ZIP 2023, 908

Hierzu OLG München v. 11.9.2007 – 31 Wx 49/07, GmbHR 2007, 1925

Stephan Tieves

BGH v. 20.12.1982 – II ZR 110/82

7

Vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 DrittelbG, der keinen Verweis auf § 84 Abs. 4 AktG enthält.

8 BGH v. 23.10.1975 – II ZR 90/73, BGHZ 65, 190, 192 f.; BGH v. 24.11.1980 – II ZR

9 182/79, BGHZ 79, 38, 41 = ZIP 1981, 45

Oetker in ErfK, 23. Aufl. 2023, DrittelbG § 1 Rz. 17; *Oetker* in Henssler/Strohn, GesR, 5. Aufl. 2021, GmbHG § 38 Rz. 15; *Habersack* in Habersack/Henssler,

10 4. Aufl. 2018, § 1 DrittelbG Rz. 34.

BGH v. 28.10.2002 – II ZR 146/02

GmbHR 2003, 100

Haase Trölitersch

11

BGH v. 26.6.1995 – II ZR 109/94, ZIP 1995, 1334

GmbHR 1995, 653

BGH v. 10.5.2010 – II ZR 70/09 ZIP 2010, 1288

GmbHR 2010, 808

12 *Ulrich* BGH v. 11.10.2010 – II ZR 266/08 GmbHR 2011, 82

Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen der aus seiner Organstellung Abberufene gehalten sein kann, eine andere angemessene Beschäftigung unterhalb der Organstellung bei der Gesellschaft auszuüben, BGH v. 14.7.1966 – II ZR 212/64, GmbHR 1966, 277; BGH v. 9.2.1978 – II ZR 189/76, GmbHR 1978, 85. Ob der abberufene Geschäftsführer bei fortbestehendem Anstellungsverhältnis einen Anspruch auf Weiterbeschäftigung in einer seiner früheren Tätigkeit vergleichbaren leitenden Funktion hat, hängt von der Auslegung des Anstellungsvertrages ab. Ein Anspruch auf Beschäftigung in einer vergleichbaren Leitungsfunktion ist regelmäßig zu verneinen (dazu BGH v. 11.10.2010 – II ZR 266/08 GmbHR 2011, 82 *Baumann*

13

BGH v. 28.10.2002 – II ZR 146/02 GmbHR 2003, 100

OLG Karlsruhe v. 22.3.2002 – 14 U 46/01 GmbHR 2003, 771

OLG Karlsruhe v. 23.3.2011 – 7 U 81/10 GmbHR 2011, 535

Trölitersch

OLG Frankfurt v. 17.12.1992 – 26 U 54/92

GmbHR 1993, 288 *Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz,

12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 34 *Paefgen*

Terlau

14

15 BGH v. 26.6.1995 – II ZR 109/94, GmbHR, 1995, 653 *Holthausen*

16 BGH v. 21.6.1999 – II ZR 27/98 GmbHR 1999, 1140

BGH v. 29.5.1989 – II ZR 220/88, NJW 1989, 2683, 2684 = GmbHR 1989, 415

zum Vorstand; BGH v. 1.12.1997 – II ZR 232/96, NJW 1998, 1480 =

GmbHR 1998, 534 OLG Karlsruhe v. 25.10.2016 – 8 U 122/15 Rz. 85

GmbHR 2017, 295 *Baumann*

Tschöpe Wortmann

17

BGH v. 5.6.1975 – II ZR 23/74, BGHZ 65, 18, 18 f.; BGH v. 1.2.1988 – II ZR 75/87,
 BGHZ 103, 184, 194 = ZIP 1988, 301 BGH v. 8.11.2022 – II ZR 91/21 Rz. 27
 GmbHR 2023, 334 *Schirmmacher Lieder*

18 *Reif Walter*

BGH v. 5.6.1975 – II ZR 23/74, BGHZ 65, 15, 18 f.; BGH v. 8.11.2022 – II ZR 91/21
 Rz. 27 GmbHR 2023, 334 *Schirmmacher*
 OLG Stuttgart v. 12.5.1999 – 20 U 62/98 *Fleischer*

19

OLG Zweibrücken v. 30.10.1997 – 4 U 11/97 GmbHR 1998, 373
 OLG Zweibrücken v. 5.6.2003 – 4 U 117/02 GmbHR 2003, 1206 OLG
 Saarbrücken v. 10.10.2006 – 4 U 382/05 GmbHR 2007, 143 OLG
 Düsseldorf v. 11.2.1993 – 6 U 43/92 GmbHR 1994, 245

20

Lieder Ringlage GmbHR 2017, 1065
 BGH v. 19.9.2005 – II ZR 173/04 GmbHR 2005, 1558
 OLG Brandenburg v. 30.1.2008 – 7 U 59/07 *Uwe H. Schneider Sven*
H. Schneider Terlau

21

Goette, DStR 1994, 214, 216; *Grunewald* in FS Zöllner, 1998, S. 177, 179; vgl. auch
Lutter, ZHR 162 (1998), 164, 169. *Oppenländer*, DStR 1996, 922, 929; *Kleindiek* in
 Lutter/Hommelhoff, § 38 Rz. 7; *Belz* in Rowedder/Pentz, 7. Aufl. 2022, § 38
 GmbHG Rz. 3; *Terlau* in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 6. Grundsätzlich
 ablehnend: *Jacoby* in Bork/Schäfer, 5. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 24; *Paefgen* in
 Habersack/Casper/Löbbe, 3. Aufl. 2020, § 38 Rz. 26; *Oetker* in Henssler/Strohn,
 GesR, 5. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 6. Kritisch auch *Kaulbauch/Reidt*,

22 GmbHR 2021, 120

Auf objektivem Maßstab abstellend hingegen *Oppenländer*, DStR 1996, 922, 929:
 sachlicher Grund muss auch einen verständigen Mitgesellschafter zur
 Abberufung veranlassen.

23

24 OLG München v. 15.5.2013 – 7 U 3261/12 Rz. 36, juris.

25 Vgl. OLG Köln v. 30.8.2007 – 18 U 53/07 Rz. 28 für Entzug der

26 Geschäftsführungsbefugnis bei einer OHG, juris.

27 Vgl. BGH v. 15.11.2016 – II ZR 217/15

28

Vgl. LG Frankfurt/M. v. 6.7.2009 – 3-9 O 76/09; *Altmeyden*, 11. Aufl. 2023, § 38
 GmbHG Rz. 16; A.A. *Bayer/Ilhardt*, GmbHR 2011, 751

29 OLG Zweibrücken v. 5.6.2003 – 4 U 117/02 GmbHR 2003, 1206

30 OLG Nürnberg v. 21.4.2010 – 12 U 2235/09 WM 2010, 1286

31 *Leinekugel*

Limbach, GmbHR 1968, 181, 182; *Thanos*, Die Abberufung des Gesellschafter-
 Geschäftsführers, 1984, S. 101. *Wolf*, ZGR 1998, 92, 101 ff.; *Reher*, Die Zwei-
 Personen-GmbH, 2003, S. 36 f.

BGH v. 20.12.1982 – II ZR 110/82, BGHZ 86, 177, 180 = GmbHR 1983, 149; OLG

Karlsruhe v. 4.12.1992 – 15 U 208/92, NJW-RR 1993, 1505, 1506 =

GmbHR 1993, 154 OLG Köln v. 26.8.1994 – 2 Wx 24/94

GmbHR 1995, 299 OLG München v. 22.10.2009 – 23 U 3430/09

Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG
 Rz. 17; *Stephan/Tieves* in MünchKomm, § 38 GmbHG Rz. 162; *Grunewald* in FS
 Zöllner, 1998, S. 177, 186, die allerdings dann für eine entsprechende Anwendung
 von §§ 117, 127 HGB eintritt, wenn nach der Satzung die Abberufung auf das
 Vorliegen eines wichtigen Grundes beschränkt ist.

31

- BGH v. 8.2.1993 – II ZR 24/92, GmbHR 1993, 214 BGH v. 15.3.2010 – II ZR 4/09
GmbHR 2010, 980 *Trölitzsch*
32 *Kinzl*
BGH v. 15.3.2010 – II ZR 4/09 GmbHR 2010, 980 *Trölitzsch*
- 33 BGH v. 10.5.2010 – II ZR 70/09 GmbHR 2010, 808
34 *Ulrich* OLG Köln v. 16.3.1988 – 6 U 38/87
Kleindiek in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38 Rz. 13; *Uwe*
35 *H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 Rz. 55.
BGH v. 20.1.1983 – II ZR 243/81, NJW 1983, 1910, 1911 = GmbHR 1983, 196;
36 *Wertenbruch* in MünchKomm/GmbHG, 4. Aufl. 2023, Anh. § 47 GmbHG Rz. 238.
BGH v. 27.10.1986 – II ZR 240/85, NJW 1987, 1890, 1892 = GmbHR 1987, 94;
OLG Hamm v. 12.4.2000 – 8 U 165/99, GmbHR 2000, 673 *Stephan Tieves*
Noack
- OLG Stuttgart v. 7.2.2001 – 20 U 52/97 *Wertenbruch*
Terlau
- 37 *Habersack Casper Löbbe Paefgen*
Klöhn in MünchKomm/InsO, 4. Aufl. 2020, § 276a Rz. 54; *Uhlenbruck/Zipperer*,
38 15. Aufl. 2019, § 276a InsO Rz. 10.
39 *Klöhn* in MünchKomm/InsO, 4. Aufl. 2020, § 276a InsO Rz. 56.
40 So auch die Empfehlung von *Riggert* in Braun, 9. Aufl. 2022, § 276a InsO Rz. 8.
BGH v. 20.12.1982 – II ZR 110/82, BGHZ 86, 177, 179 = GmbHR 1983, 149; BGH
v. 21.4.1969 – II ZR 200/67, NJW 1969, 1483; BGH v. 17.10.1983 – II ZR 31/83,
WM 1984, 29; BGH v. 10.5.2010 – II ZR 70/09 ZIP 2010, 1288
GmbHR 2010, 808 *Ulrich Beurskens*
Kleindiek in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38
41 GmbHG Rz. 7
BGH v. 10.5.2010 – II ZR 70/09 ZIP 2010, 1288 GmbHR 2010, 808
42 *Ulrich*
Terlau in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 Rz. 30; *Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider*
in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 39; *Oetker* in Henssler/Strohn, GesR,
43 5. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 21.
Beurskens in Noack/Servatius/Haas, 5. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 5; *Sven*
H. Schneider/Uwe H. Schneider in Scholz, 5. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 39;
Terlau in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 33; *Altmeyen*, 11. Aufl. 2023,
44 § 38 GmbHG Rz. 31.
BGH v. 20.12.1982 – II ZR 110/82, BGHZ 86, 177, 179 = GmbHR 1983, 149; BGH
v. 9.11.1987 – II ZR 100/87, BGHZ 102, 172, 179 = ZIP 1988, 22
KG v. 9.3.2023 – 2 U 56/19 Rz. 11 ZIP 2023, 853 *Kleindiek* in Lutter/Hommelhoff,
21. Aufl. 2023, § 38 Rz. 16 *Terlau*
Altmeyen OLG München v. 14.6.1956
– 6 U 953/56 *Beurskens*
- 45 *Paefgen* in Habersack/Casper/Löbbe, 3. Aufl. 2020, § 38 GmbHG Rz. 20.
46 BGH v. 16.3.1961 – II ZR 190/59, BGHZ 34, 367, 371; BGH v. 20.12.1982 – II ZR
110/82, BGHZ 86, 177, 179; BGH v. 20.1.1986 – II ZR 73/85, BGHZ 97, 28, 33;
BGH v. 24.10.1994 – II ZR 91/94, DStR 1994, 1746, 1747;
BGH v. 21.6.2010 – II ZR 230/08 GmbHR 2010, 977 OLG Stuttgart v.
30.3.1994 – 3 U 154/93
OLG Zweibrücken v. 30.10.1997 – 4 U 11/97 GmbHR 1998, 373 *Bayer* in
Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 46 GmbHG Rz. 45

- BGH v. 20.1.1986 – II ZR 73/85, BGHZ 97, 28, 34; BGH v. 7.4.2003 – II ZR 193/02
 GmbHR 2003, 712 BGH v. 27.4.2009 – II ZR 167/07 GmbHR 2009, 770
- 48 Bayer in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 46 GmbHG Rz. 45
 BGH v. 4.5.2009 – II ZR 168/07 GmbHR 2009, 1330
Podewils OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97 Bayer in
- 49 Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 47 GmbHG Rz. 39
 BGH v. 11.9.2018 – II ZR 307/16 Rz. 27 Bayer in
- 50 Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 47 GmbHG Rz. 35
 BGH v. 21.6.2010 – II ZR 230/08 GmbHR 2010, 977 BGH v. 27.10.1986 – II
 51 ZR 74/85
 BGH v. 28.1.1985 – II ZR 79/84, GmbHR 1985, 256, 257; OLG Naumburg v.
 23.2.1999 – 7 U (Hs) 25/98, NZG 2000, 44, 46; OLG München v. 31.7.2014 – 23 U
 3842/13 Rz. 19 f., GmbHR 2015, 35 *Beurskens*
Trölitzsch
- 52 OLG Zweibrücken v. 30.10.1997 – 4 U 11/97 GmbHR 1998, 373 *Michalski*
 GmbHR 1991, 12 OLG Hamburg v. 28.6.1991 – 11 U 65/91
 GmbHR 1991, 467 *Schmidt*
- 53 BGH v. 21.4.1969 – II ZR 200/67, WM 1969, 808, 809; BGH v. 20.12.1982 – II ZR
 110/82, BGHZ 86, 177, 181; BGH v. 4.4.2017 – II ZR 77/16 Rz. 14
- 54 GmbHR 2017, 701
 OLG Düsseldorf v. 23.2.2012 – 6 U 135/110 Rz. 45, juris; Bayer in
 Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 47 Rz. 45; *Römermann* in MHLS, 4. Aufl.
 2023, § 47 GmbHG Rz. 244; *Noack* in Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 47
 GmbHG Rz. 85; Bayer, GmbHR 2017, 665 *Trölitzsch*
 OLG Karlsruhe v. 28.11.2006 – 8 U
 314/05 ZIP 2007, 1319 *Kleindiek* in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023,
 § 38 Rz. 17
Kaulbach Reidt GmbHR 2021, 191
- 55 BGH v. 4.4.2017 – II ZR 77/16 GmbHR 2017, 701
 Entsprechende Empfehlungen etwa bei *Lutz*, Gesellschaftstreit, 7. Aufl. 2021,
 56 Rz. 850.
 Grundlegend: *Trölitzsch*, Gesellschaftsrecht in der Diskussion 2017/2018, S. 117,
 163 ff.; *Trölitzsch* in Oppenländer/Trölitzsch, Praxishandbuch der GmbH-
 Geschäftsführung, 3. Aufl. 2020, § 12 Rz. 19a; *Skauradszun*, Der Beschluss als
 Rechtsgeschäft, 2020, S. 146; *Werner*, GmbHG, 2020, 1168; *Wertenbruch*,
 GmbHR 2020, 875
Leinekugel
Schultzky
- 57 *Trölitzsch*, Gesellschaftsrecht in der Diskussion 2017/2018, S. 117, 144 ff.;
Trölitzsch in Oppenländer/Trölitzsch, Praxishandbuch der GmbH-
 58 Geschäftsführung, 3. Aufl. 2020, § 12 Rz. 19a.
 So *Kleindiek* in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 17a.
- 59 BGH v. 4.4.2017 – II ZR 77/16 Rz. 14 GmbHR 2017, 701
 OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 52 GmbHR 2013, 803
Wertenbruch
- 60 BGH v. 9.11.1987 – II ZR 100/87, BGHZ 102, 172, 176; BGH v. 19.11.1990 – II ZR
 88/89, GmbHR 1991, 62 KG v. 9.3.2023 – 2 U 56/19 Rz. 11
 ZIP 2023, 853 OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 GmbHR 2006, 1258
 OLG Köln v. 1.6.2010 – 18 U 72/09 GmbHR 2011, 135 OLG Hamm v.
 25.7.2016 – I-8 U 160/15 GmbHR 2016, 1154 KG v. 9.3.2023 – 2 U 56/19

*Beurskens**Paefgen**Kleindiek* in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38 GmbHGRz. 4 *Diekmann*

61

BGH v. 9.11.1987 – II ZR 100/87, BGHZ 102, 172, 176;

62

OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 GmbHR 2006, 1258

OLG Braunschweig v. 9.9.2009 – 3 U 41/09, GmbHR 2009, 1276 *Uwe**H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 20

OLG Braunschweig, Urt. v. 9.9.2009 – 3 U 41/09

GmbHR 2009, 1276

63

In diese Richtung BGH v. 9.11.1987 – II ZR 100/87, BGHZ 102, 172, 176; OLG

64

Braunschweig v. 9.9.2009 – 3 U 41/09, GmbHR 2009, 1276

OLG Frankfurt v. 18.9.1998 – 5 W 22/98 GmbHR 1998, 1126 *Uwe H.**Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 20*Paefgen**Frhr.v.**Schurbein Neufeld* BB 2011, 585

BGH v. 8.11.2022 – II ZR 91/21 Rz. 63

GmbHR 2023, 334

Schirmmacher

65

66 *Lutz*, Gesellschafterstreit, Rz. 799.Dazu *Drescher* in MünchKomm, 4. Aufl. 2023, § 47 GmbHG Rz. 267 mit umfangreichen Nachweisen. Siehe aber

OLG Zweibrücken v. 30.10.1997 – 4 U 11/97 GmbHR, 1998, 373

67

OLG Düsseldorf v. 8.6.1989 – 6 U 223/88, GmbHR 1990, 219, 221; *Altmeyen*,

68

11. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 19; *Beurskens* in Noack/Servatius/Haas,

23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 21.

Kleindiek in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 11; *Diekmann* in

Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts, Band 3, 6. Aufl. 2023, § 42

69

GmbHG Rz. 50.

OLG Nürnberg v. 10.11.1999 – 12 U 813/99 GmbHR 2000, 563

*Paefgen**Trölitzsch*

70

BGH v. 30.11.1961 – II ZR 137/60 WM 1962, 201; *Uwe H. Schneider/Sven H.*

71

Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 42.*Beurskens* in Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 3; *Kleindiek*

72

in Lutter/Hommelhoff § 38 Rz. 9.

73

Paefgen in Habersack/Casper/Löbbe, 3. Aufl. 2020, § 38 GmbHG Rz. 15.

BGH v. 4.4.2017 – II ZR 77/16 Rz. 17 GmbHR 2017, 701

BGH v. 28.1.1985 –

II ZR 79/84

KG v. 8.12.2022 – 23 U 111/22

Freund GmbHR 2010, 117

74

BGH v. 28.1.1985 – II ZR 79/84, GmbHR 1985, 256, 258; OLG Düsseldorf v. 15.2.1991 – 16 U 130/90, WM 1992, 14, 18 f.; OLG Hamburg v. 28.6.1991 – 11 U 148/90, GmbHR 1992, 43 OLG Stuttgart v. 30.3.1994 – 3 U 154/93
GmbHR 1995, 229 KG v. 8.12.2022 – 23 U 111/22

75

BGH v. 24.2.1992 – II ZR 79/91, NJW-RR 1992, 993, 994;
OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 5 GmbHR 2013, 803 OLG
Hamm v. 7.5.1984 – 8 U 22/84 OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8
U 153/97 *Kleindiek* in Lutter/Hommelhoff, § 38 Rz. 20

76

BGH v. 7.6.1962 – II ZR 131/61, WM 1962, 811; *Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 45.

77

BGH v. 14.10.1968 – II ZR 84/67, WM 1968, 1347, 1348; OLG Stuttgart v. 30.3.1994 – 3 U 154/93, NJW-RR 1995, 295, 296 = GmbHR 1995, 229 OLG
Düsseldorf v. 24.11.2006 – 16 U 218/05 WM 2007, 889

78

OLG München v. 23.4.2009 – 23 U 4199/08 DB 2009, 1231

79

OLG Hamm v. 25.11.2009 – 8 U 61/09 GmbHR 2010, 477
OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 5 GmbHR 2013, 803

80

OLG Hamm v. 1.2.1995 – 8 U 148/94 GmbHR 1995, 736

81

Vgl. OLG Hamm v. 25.11.2009 – 8 U 61/09 GmbHR 2010, 477

82

Vgl. OLG Karlsruhe, v. 4.5.1999 – 8 U 153/97, NZG 2000, 264, 268.

83

Beurskens in Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 6.

BGH v. 9.4.2013 – II ZR 273/11 Rz. 19 GmbHR 2013, 645

OLG Hamm v. 28.2.2008 – 27 U 115/06 Rz. 50

Denzer

84

OLG Hamburg v. 28.6.1991 – 11 U 148/90, GmbHR 1992, 43

85

OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97, NZG 2000, 264; *Sven H Schneider/ Uwe H. Schneider* in Scholz, § 38 GmbHG Rz. 49; *Altmeyen*, 11. Aufl. 2023, § 38
GmbHG Rz. 38.

86

Vgl. auch OLG Naumburg v. 25.1.1996 – 2 U 31/95, GmbHR 1996, 934

87

BGH v. 14.10.1991 – II ZR 239/90, NJW-RR 1992, 292, 294; OLG Düsseldorf v. 15.2.1991 – 16 U 130/90, WM 1992, 14, 18; OLG Naumburg v. 23.2.1999 – 7 U (Hs) 25/98, NZG 2000, 44, 46; OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 DB 2007, 48
Trölitzsch

88

Lutz, *Gesellschafterstreit*, 7. Aufl. 2021, Rz. 174.

89

OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 6 GmbHR 2013, 803

90

Ähnlich *Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38
GmbHG Rz. 53.

91

BGH v. 20.12.1982 – II ZR 110/82, BGHZ 86, 177;

OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 GmbHR 2006, 1258 OLG

92

München v. 18.10.2010 – 7 U 3343/10 Rz. 54

Trölitzsch in Oppenländer/Trölitzsch, *Praxishandbuch der GmbH-Geschäftsführung*, 3. Aufl. 2020, § 12 Rz. 13.

93

Dazu etwa BGH v. 2.7.2019 – II ZR 252/16 GmbHR 2019, 1055

94

OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 60 GmbHR 2013, 803

95

BGH v. 23.10.1995 – II ZR 130/94, NJW-RR 1996, 156;

96

OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 59 GmbHR 2013, 803

Trölitzsch in Oppenländer/Trölitzsch, *Praxishandbuch der GmbH-Geschäftsführung*, 3. Aufl. 2020, § 12 Rz. 13.

97

- 98 OLG Naumburg, Urt. v. 23.2.1999 – 7 U (Hs) 25/98, NZG 2000, 44, 46; *Altmeppen*,
11. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 36.
- 99 BGH v. 14.10.1991 – II ZR 239/90, NJW-RR 1992, 292, 293; OLG Karlsruhe v.
4.5.1999 – 8 U 153/97, NZG 2000, 264, 268.
- Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG
Rz. 39 nennen Altersgrenze, Verlegung des Wohnorts, Übernahme politischer
Funktionen und Ehescheidung als weiteres Beispiel; *Kleindiek* in
100 Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 7.
- Vgl. die Auflistung der Einzelfälle bei *Goette*, DStR 2001, 533 ff. oder bei
Trölitzsch in Oppenländer/Trölitzsch, Praxishandbuch der GmbH-
Geschäftsführung, 3. Aufl. 2020, § 12 Rz. 16. Aus den nachfolgenden Urteilen
lassen sich nur eingeschränkt verallgemeinerungsfähige Grundsätze zum
101 Vorliegen eines wichtigen Grundes gewinnen.
- BGH v. 25.1.1960 – II ZR 22/59, BGHZ 32, 17, 20 f.; BGH v. 17.10.1983 – II ZR
31/83, WM 1984, 29; OLG Brandenburg v. 20.2.2007 – 6 U 22/06
GmbHR 2007, 874
- BGH v. 2.6.1997 – II ZR 101/96
- 102 OLG Stuttgart v. 13.3.2002 – 20 U 59/01 AG 2003, 211
- 103 LG München I v. 19.5.2015 – 5 HK O 830/13, BeckRS 2015, 11009.
- 104 OLG Hamm v. 24.6.1994 – 25 U 149/90, GmbHR 1995, 732
- 105 OLG Hamm v. 28.2.2008 – 27 U 115/06
- OLG Hamm v. 7.5.1984 – 8 U 22/84, GmbHR 1985, 119;
- 106 OLG Celle v. 27.1.2010 – 9 U 38/09 GmbHR 2010, 365
- Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG
107 Rz. 49.
- OLG Celle v. 11.11.2009 – 9 U 31/09 AG 2010, 210
- 108 *Leinekugel* in Oppenländer/Trölitzsch, Praxishandbuch GmbH-Geschäftsführung,
3. Aufl. 2020, § 18 Rz. 104; *Jacoby* in Bork/Schäfer, 5. Aufl. 2022 § 38 GmbHG
109 Rz. 30.
- 110 OLG München v. 7.2.2007 – 7 U 4952/06 AG 2007, 361
- OLG Hamm v. 25.11.2009 – 8 U 61/09 GmbHR 2010, 477 *Leinekugel*
- BGH v.
- 29.8.2008 – 2 StR 587/07 BGH v. 27.8.2010 – 2 StR 111/09
- 111 GmbHR 2010, 1146
- OLG Hamm v. 7.5.1984 – 8 U 22/84, GmbHR 1985, 119; *Beurskens* in
- 112 Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 10.
- BGH v. 2.7.2019 – II ZR 155/18 Rz. 25
- Diller* GmbHR 2006, 333
- BGH v. 28.10.2002 – II ZR 353/00 OLG Köln v. 30.8.2007 – 18
113 U 57/07
- 114 OLG Köln v. 26.11.1993 – 19 U 93/93 DB 1994, 471
- OLG Celle v. 27.1.2010 – 9 U 38/09 GmbHR 2010, 365
- OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 37 GmbHR 2013, 803
- 115 OLG Düsseldorf v. 15.2.1991 – 16 U 130/90, WM 1992, 14, 19 =
GmbHR 1992, 670
- 116

- BGH v. 12.1.2009 – II ZR 27/08 GmbHR 2009, 434
Werner OLG Jena v. 12.8.2009 – 7 U 244/07
 GmbHR 2010, 483 OLG Köln v. 23.10.1998 – 19 U 47/98
 GmbHR 1999, 346 *Leinekugel*
- 117 BGH v. 10.9.2001 – II ZR 14/00 DB 2001, 2438 GmbHR 2001, 1158
Teigelkötter BGH v. 20.2.1995 – II ZR 9/94 GmbHR 1995, 299
 OLG Hamburg v. 28.6.1991 – 11 U 148/90
 GmbHR 1992, 43 OLG Frankfurt v. 16.9.1999 – 15 U 238/97
 LG Berlin v. 10.11.2003 – 95 O 139/02 GmbHR 2004, 741
 OLG Naumburg v. 16.11.2004 – 9 U 206/01 GmbHR 2005, 757
 OLG München v. 14.7.2005 – 6 U 5444/04 WM 2006, 526
 OLG München v. 22.7.2010 – 23 U 4147/09 DB 2010, 2162
 OLG Köln v. 1.6.2010 – 18 U 72/09 GmbHR 2011, 135
 OLG Brandenburg v. 18.3.2008 – 6 U 58/07 GmbHR 2009, 824
- 118 BGH v. 10.12.2007 – II ZR 289/06 GmbHR 2008, 487
 BGH v. 9.4.2013 – II ZR 273/11 Rz. 22 GmbHR 2013, 645
 OLG München v. 14.7.2005 – 6 U 5444/04
- 119 AG 2005, 776
- 120 OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97, NZG 2000, 264, 266.
 BGH v. 25.2.1991 – II ZR 76/90 NJW 1991, 1681 (allerdings mit der
 Einschränkung, dass nicht jeder Verstoß gegen die interne
 Zuständigkeitsordnung die Abberufung aus wichtigem Grund bzw. die Kündigung
 des Anstellungsvertrages rechtfertigt); OLG Köln v. 1.6.2010 – 18 U 72/09
 GmbHR 2011, 135
- 121
- 122 OLG Köln v. 30.3.1999 – 22 U 143/98, NZG 1999, 773.
- 123 OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97, NZG 2000, 264, 266.
- 124 *Spindler* in MünchKomm/AktG, 6. Aufl. 2023, § 84 AktG Rz. 173 für AG.
 BGH v. 12.1.2009 – II ZR 27/08 GmbHR 2009, 434
Werner
- 125
- 126 BGH v. 13.7.1998 – II ZR 131/97, NJW-RR 1998, 1409 für AG.
Leinekugel in Oppenländer/Trölitzsch, Praxishandbuch GmbH-Geschäftsführung,
 3. Aufl. 2020, § 18 Rz. 105. Vgl. auch OLG Brandenburg v. 13.7.1999 – 6 U 286/96
- 127
- BGH v. 20.9.1993 – II ZR 244/92, DStR 1993, 1752, 1753; OLG Düsseldorf v.
 24.6.1999 – 6 U 144/97, NZG 2000, 209 jeweils zur fristlosen Kündigung des
 Geschäftsführeranstellungsvertrages.
- 128 OLG München v. 23.2.1994 – 7 U 5904/93 BB 1994, 735
 Saarl. OLG v.
 31.7.2006 – 8 U 269/03 WM 2006, 2364
Lutter Gröntgen „Ein lügendes Organ ist untragbar.“
 LG Stuttgart v. 20.10.2020 – 31 O 32/19 KfH
- 129
- 130 KG v. 11.8.2011 – 23 U 114/11 Rz. 19 GmbHR 2011, 1272
 OLG Braunschweig v. 9.9.2009 – 3 U 41/09, GmbHR 2009, 1276 *Leinekugel*
- 131
- BGH v. 20.8.2019 – II ZR 121/16 Rz. 37
 OLG München v. 22.6.2017 – 23 U 3293/16
 ZIP 2017, 1808 OLG Frankfurt v. 7.2.1997 – 24 U 88/95 GmbHR 1997, 346
Leinekugel

OLG Celle v. 4.2.2004 – 9 U 203/03 ZIP 2004, 1266

133

134 OLG Köln v. 30.3.1999 – 22 U 143/98, NZG 1999, 773.

135 KG v. 9.3.2023 – 2 U 59/19 Rz. 11, ZIP 2023, 853

136 OLG Hamm v. 25.7.2016 – I-8 U 160/15, GmbHR 2016, 1154

137 OLG München v. 18.10.2010 – 7 U 3343/10 Rz. 17, zitiert nach juris.

138 BGH v. 13.7.1998 – II ZR 131/97, NJW-RR 1998, 1409 für AG.

BGH v. 19.6.1995 – II ZR 228/94, DStR 1995, 1359 mit Anm. *Goette* zur Kündigung des Anstellungsvertrages; BGH v. 25.11.1996 – II ZR 118/95, WiB 1997, 300 zur Versagung von Ruhestandsbezügen. Entscheidend sind dabei Umfang, Intensität und Dauer des Verstoßes, vgl.

139 OLG Düsseldorf v. 24.2.2000 – 6 U 77/99 GmbHR 2000, 1050

140 OLG Düsseldorf v. 31.7.2003 – 6 U 27/03, GmbHR 2003, 1006

BGH v. 8.5.1967 – II ZR 126/65, GmbHR 1968, 141, 142; *Jacoby* in Bork/Schäfer, § 38 GmbHG Rz. 30. Vgl. auch OLG Rostock v. 22.3.2021 – 1 U 115/14 GmbHR 2023, 793

141

Zu deren Strafbarkeit LG Wiesbaden v. 12.5.2009 – 6 Kls - 1160 JS 26113/05, BeckRS 2012, 17860.

142

BGH v. 24.10.1994 – II ZR 91/94, DStR 1994, 1746, 1748. Ein lügendes Organ ist untragbar (vgl. *Lutter/Gröntgen*, ZGR 2020, 569, 582). Ein prügelndes Organ ist es erst recht.

143

Trölitzsch/Leinekugel, *Anwaltsstrategien bei Auseinandersetzungen unter GmbH-Gesellschaftern*, 2008, Rz. 84; einschränkend BGH v. 24.2.2003 – II ZR 243/02 GmbHR 2003, 583

144

145 BGH v. 14.2.2000 – II ZR 218/98 GmbHR 2000, 431

146 OLG Frankfurt v. 27.5.2008 – 5 U 233/04 GmbHR 2009, 488

147 OLG Koblenz v. 22.11.2007 – 6 U 1170/07

148 LG Tübingen v. 24.1.2014 – 21 O 33/13 Rz. 57, BeckRS 2014, 125964.

149 OLG Köln v. 20.9.2007 – 18 U 248/05, juris.

150 OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 GmbHR 2006, 1258

OLG Jena v. 12.8.2015 – 2 U 219/15, BeckRS 2015, 54450 = GmbHR 2015, 1267

151

Kuna

OLG Düsseldorf v. 15.2.1991 – 16 U 130/90, WM 1992, 14; *Beurskens* in Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 11.

152

OLG Hamm v. 29.5.2019 – 8 U 146/18 GmbHR 2019, 1060 *Leinekugel* EWIR 2019, 749

153

Vgl. LG München I v. 31.5.2007 – 5 HK O 11977/06, AG 2007, 827

154 KG v. 11.3.2005 – 14 U 137/03 AG 2005, 737

BGH v. 22.1.1998 – VII ZR 259/96, BGHZ 138, 87, 94 für die Kündigung des Geschäftsführeranstellungsvertrages bei Missachtung eines Einberufungsverlangens nach § 50 Abs. 1 GmbHG; *Jacoby* in Bork/Schäfer, 5. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 30.

155

156 KG v. 8.12.2022 – 23 U 111/22 Rz. 66

BGH v. 27.10.1986 – II ZR 74/85, NJW 1987, 1889, 1890. Zur Haftung des Geschäftsführers bei Kartellverstößen zuletzt LG Dortmund v. 21.6.2023 – 8 O 5/22 (Kart), BeckRS 2023, 14562 (bejahend) und OLG Düsseldorf v. 27.7.2023, 6 U 1/22 (Kart), NZG 2023, 1261 (verneinend).

157

Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 49; *Terlau* in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 44.

158

- 159 OLG Jena v. 12.8.2009 – 7 U 244/07 GmbHR 2010, 483
 OLG Zweibrücken v. 5.6.2003 – 4 U 117/02 GmbHR 2003, 1206 *Fleischer*
- 160
 161 *Fleischer*, NZG 2010, 561, 565.
Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 13. Aufl. 2022, § 38 GmbHG
 162 Rz. 47.
- 163 OLG Dresden v. 18.12.2014 – 5 W 1326/14 ZIP 2015, 581
 164 *Oetker* in Henssler/Strohn, GesR, 5. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 33.
 Plakativ für das Blindunterzeichnen von zu beanstandenden Rechnungen
 OLG Hamm v. 29.5.2019 – 8 U 146/18 GmbHR 2019, 1060 „*Wer viele*
Aufgaben übernimmt, muss diese auch mit entsprechendem Zeitaufwand
 165 *erledigen und sich jeden Vorgang genau ansehen*“.
 Vgl. BGH v. 23.10.2006 – II ZR 298/05 DB 2007, 158
 OLG München v. 13.10.2005 – 23 U 1949/05

Fleischer

BGH v. 3.5.1999 – II ZR 35/98

BGH v. 27.3.1961 – II ZR 24/60

BGH v. 3.5.1999 – II ZR

- 166 35/98 *Goette*
Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG
 167 Rz. 48; *Beurskens* in Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 9.
 OLG Hamm v. 2.11.1988 – 8 U 292/87, GmbHR 1989, 257, 258; OLG Köln v.
 16.3.1988 – 6 U 38/87, GmbHR 1989, 76, 78; OLG Saarbrücken v. 10.10.2006 – 4
 U 382/05, GmbHR 2007, 143 *Kleindiek* in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023,
 § 38 GmbHG Rz. 22 *Terlau* *Oetker*
Diekmann

Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in
 Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 52

*Trölitzsch**Altmeyen*

OLG Köln v. 1.6.2010 – 18 U 72/09 GmbHR 2011, 135

Paefgen

- 168
 169 BGH v. 12.7.1993 – II ZR 65/92, GmbHR 1993, 579
 170 BGH v. 24.2.1992 – II ZR 79/91, ZIP 1992, 760
Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG
 Rz. 46; a.A. *Paefgen* in Habersack/Casper/Löbbe, 3. Aufl. 2020, § 38 GmbHG
 171 Rz. 63.
 OLG Hamburg v. 28.6.1991 – 11 U 148/90, GmbHR 1992, 42
 BGH v. 12.1.2009 – II ZR 27/08 DB 2009, 557
 BGH v. 20.6.2005 – II ZR 18/03 GmbHR 2005, 1049
Haase Sommermeyer
- 172
 BGH v. 28.1.1985 – II ZR 79/84, GmbHR 1985, 256, 259.

173

- BGH v. 4.5.2009 – II ZR 168/07 GmbHR 2009, 1330
 174 *Podewils*
 OLG Hamburg v. 22.2.1963 – 1 U 120/62, GmbHR 1963, 128, 130 für eine Kündigung des Geschäftsführeranstellungsvertrages; *Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider* in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 49.
 175
 176 OLG Naumburg v. 16.11.2004 – 9 U 206/01 GmbHR 2005, 757
 177 OLG Hamm v. 25.7.2016 – I-8 U 160/15, GmbHR 2016, 1154
 178 OLG Naumburg v. 16.11.2004 – 9 U 206/01 GmbHR 2005, 757
 179 OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 17 GmbHR 2013, 803
 Vgl. OLG Düsseldorf v. 24.11.2006 – 16 U 218/05, WM 2007, 889, für Vorstand einer Genossenschaft. Ähnlich *Kleindiek* in Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 20b.
 180
 181 OLG Köln v. 16.3.1988 – 6 U 38/87, GmbHR 1989, 76, 78.
 182 OLG Köln v. 16.3.1988 – 6 U 38/87, GmbHR 1989, 76, 79.
 183 *Terlau* in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 46.
Terlau in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 47; *Beurskens* in
 184 Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 13.
Uwe H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 49b. A.A. für mehrfache abfällige Äußerungen
 185 BGH v. 14.2.2000 – II ZR 218/98 GmbHR 2000, 431
 OLG Köln v. 20.9.2007 – 18 U 248/05, juris. Vgl. aber
 OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 GmbHR 2006, 1258
 186
 Vgl. BGH v. 21.6.1999 – II ZR 27/98 GmbHR 1999, 1140 *Haase*
 187
 188 BGH v. 30.11.1951 – II ZR 109/51, BGHZ 4, 108, 114; *Jacoby* in Bork/Schäfer, 5. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 36.
 BGH v. 4.5.2009 – II ZR 166/07 GmbHR 2009, 1325
 BGH v. 4.5.2009 – II ZR 168/07 Rz. 8 GmbHR 2009, 1330 OLG
 189 Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97
 190 KG v. 3.5.2007 – 23 U 102/06 AG 2007, 745
 191 A.A. *Imhof*, GWR 2015, 404.
 192 Vgl. OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97, NZG 2000, 264, 266.
 193 Vgl. OLG München v. 23.4.2009 – 23 U 4199/08 DB 2009, 1231
 194 BGH v. 25.2.1991 – II ZR 76/90, NJW 1991, 1681, 1682 = GmbHR 1991, 197
 BGH v. 10.12.2007 – II ZR 289/06 GmbHR 2008, 487
 195 OLG München v. 23.4.2009, 23 U 4199/08 DB 2009, 1231
 Vgl. OLG Brandenburg v. 18.3.2008 – 6 U 58/07 GmbHR 2009, 824
 196
 197 OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 30 GmbHR 2013, 803
 198 Vgl. OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97, NZG 2000, 264, 267.
 BGH v. 21.7.2008 – II ZR 39/07 GmbHR 2008, 1092
 199 *Podewils*
 Vgl. OLG München v. 3.12.2008 – 7 U 3315/08
 200 GmbHR 2009, 315
 BGH v. 24.2.1992 – II ZR 79/91, ZIP 1992, 760 GmbHR 1992, 299
 BGH v. 12.1.2009 – II ZR 27/08 GmbHR 2009, 434
Werner OLG Düsseldorf v. 30.6.1988 – 6 U 310/87
 OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97
 OLG München v. 22.7.2010 – 23 U 4147/09 DB 2010, 2162

- OLG Köln v. 1.6.2010 – 18 U 72/09 GmbHR 2011, 135
 OLG Stuttgart v. 19.12.2012 – 14 U 10/12 GmbHR 2013, 414
Werner KG v. 9.3.2023 – 2 U 56/19
 201 GmbHR 2023, 552 *Knaier*
 202 OLG München v. 22.7.2010 – 23 U 4147/09 DB 2010, 2162
 203 OLG Stuttgart v. 9.9.2014 – 14 U 9/14 ZIP 2015, 873 GmbHR 2015, 192
 A.A. *Beurskens* in Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 Rz. 7: Im Zweifel
 Unwirksamkeit beider Abberufungen und Notwendigkeit einer Auflösung der
 204 Gesellschaft.
 205 OLG Köln v. 1.6.2010 – 18 U 72/09 GmbHR 2011, 135
 OLG Köln v. 16.3.1988 – 6 U 38/87, GmbHR 1989, 76, 79; OLG Saarbrücken v.
 10.10.2006 – 4 U 382/05-169, GmbHR 2007, 143 OLG Stuttgart v. 13.5.2013
 – 14 U 10/12 Rz. 6 OLG Hamm v. 25.7.2016 – 8 U 160/05
 GmbHR 2016, 1154
 206
 207 KG v. 9.3.2023 – 2 U 56/19 Rz. 11 ZIP 2023, 853
 208 Vgl. OLG Hamburg v. 28.6.1991 – 11 U 148/90, GmbHR 1992, 42
 BGH v. 5.4.1990 – IX ZR 16/89, NJW-RR 1990, 1330, 1331; BGH v. 13.7.1998 – II
 ZR 131/97, NJW-RR 1998, 1409; BGH v. 4.4.2017 – II ZR 77/16 Rz. 14
 GmbHR 2017, 701 OLG Stuttgart v. 13.5.2013 – 14 U 12/13 Rz. 7
 GmbHR 2013, 803 OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97
 OLG Brandenburg v. 19.11.2008 – 7 U 7/08 *Bayer in*
 Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 46 GmbHG Rz. 45 *Wertenbruch*
Paefgen
 209
 OLG Düsseldorf v. 15.2.1991 – 16 U 130/90, WM 1992, 14, 19 =
 GmbHR 1992, 670 OLG Brandenburg v. 9.12.2007 – 7 U 86/07 OLG
 210 Brandenburg v. 19.11.2008 – 7 U 7/08
 Vgl. OLG Brandenburg v. 20.2.2007 – 6 U 22/06 GmbHR 2007, 874
 BGH v. 12.1.2009 – II ZR 27/08 GmbHR 2009, 434 *Werner OLG*
 Rostock v. 14.10.1998 – 6 U 234/97
 211
 212 *Jacoby* in Bork/Schäfer, 5. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 29.
 BGH v. 22.6.2009 – II ZR 143/08 GmbHR 2009, 993
 213 *Wertenbruch*
 OLG Hamm v. 25.7.2016 – 8 U 160/095, GmbHR 2016, 1154
 OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 GmbHR 2006, 1258
 OLG Celle v. 5.3.2003 – 9 U 111/02 GmbHR 2003, 773
Altmeyen
Tschöpe Wortmann *Werner*
 214 GmbHR 2020, 1056
 BGH v. 7.4.2003 – II ZR 193/02 GmbHR 2003, 712 OLG Hamm v. 7.5.1984 –
 8 U 22/84 *Trölitzsch*
 215
 BGH v. 24.2.1992 – II ZR 79/91, ZIP 1992, 760
 BGH v. 12.1.2009 – II ZR 27/08 GmbHR 2009, 434
Werner OLG Hamm v. 1.2.1995 – 8 U 148/94 GmbHR 1995, 736 Altmeyen
 216
 BGH v. 17.10.1983 – II ZR 31/83, WM 1984, 29, 30 für Entzug der
 Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis; OLG Naumburg v. 25.1.1996 – 2 U

- 31/95, GmbHR 1996, 934 OLG München v. 8.10.1993 – 23 U 3365/93
 217 GmbHR 1994, 251
 OLG Düsseldorf v. 15.2.1991 – 16 U 130/90, WM 1992, 14, 18 =
 GmbHR 1992, 670 OLG Hamm v. 1.2.1995 – 8 U 148/94 GmbHR 1995, 736
 OLG Karlsruhe v. 4.5.1999 – 8 U 153/97
 OLG Stuttgart v. 26.10.2005 – 14 U 50/05 DB 2007, 48 GmbHR 2006, 1258
 218 *Dollmann Terlau*
 OLG München v. 8.10.1993 – 23 U 3365/93 GmbHR 1994, 251 *Oppenländer*
 219 *Terlau* in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 8. Bei der Kündigung des
 Geschäftsführeranstellungsvertrags sind etwaige vertragliche
 220 Schriftformerfordernisse zu beachten.
Beurskens in Noack/Servatius/Haas, 23. Aufl. 2022, § 38 GmbHG Rz. 44; *Terlau*
 221 in MHLS, 4. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 24.
 BGH v. 22.9.1969 – II ZR 144/68, BGHZ 52, 316, 321. Vgl. auch
 BGH v. 5.5.2003 – II ZR 50/01 GmbHR 2003, 954 *Rüppel Hoffmann* BB 2016,
 222 645
 223 Vgl. OLG Frankfurt v. 16.12.2005 – 24 U 145/05 GmbHR 2006, 650
 BGH v. 20.8.2019 – II ZR 121/16 Rz. 22 GmbHR 2019, 1233 OLG
 Düsseldorf v. 17.11.2003 – 15 U 225/02 ZIP 2004, 1850
 224
 225 Vgl. OLG München v. 14.7.2005 – 6 U 5444/04 WM 2006, 526
 OLG Köln v. 13.8.2015 – 18 U 153/14 Rz. 31 GmbHR 2016, 647 *Wachter*
 226 GmbHR 2016, 617 *Rüppel Hoffmann* BB 2016, 645
 OLG Düsseldorf v. 17.11.2003 – 15 U 225/02, NZG 2004, 141, 142; *Uwe*
H. Schneider/Sven H. Schneider in Scholz, 12. Aufl. 2021, § 38 GmbHG Rz. 30;
Bauer/Krieger, ZIP 2004, 1247 *Freund* GmbHR 2010, 117
 227 *Gach Pfüller* GmbHR 1998, 64
Bauer/Krieger, ZIP 2004, 1247 LG Dortmund v. 5.11.1997 –
 10 O 51/97 GmbHR 1998, 334 OLG Düsseldorf v. 17.11.2003 – 15 U
 225/02 ZIP 2004, 1850
- Paefgen*
Lunk
- 228 ZIP 1999, 1777
 229 *Lunk*, ZIP 1999, 1777
 Vgl. OLG Hamm v. 26.10.1990 – 20 U 71/90, NJW 1991, 1185, 1186:
 230 Notwendigkeit, spätestens zwei Tage nach Zugang zu reagieren.
 231 BGH v. 27.10.1986 – II ZR 240/85, NJW 1987, 1890, 1892 = GmbHR 1987, 94.
 I.E. auch v. *Schurbein/Neufeld*, BB 2011, 585, 586, die aber wohl auch eine – im
 Verhältnis zu einem Mitgeschäftsführer nicht existierende – Zuständigkeit der
 übrigen Geschäftsführer zur Verhängung des Hausverbots annehmen. Wie hier
 232 *Rüppel/Hoffmann* BB 2015, 645, 646.
 BGH v. 19.11.1990 – II ZR 88/89, NJW 1991, 846 = GmbHR 1991, 62 BGH v.
 12.7.1993 – II ZR 65/92 GmbHR 1993, 579 *Uwe H. Schneider Sven*
H. Schneider *Kleindiek* in
 233 Lutter/Hommelhoff, 21. Aufl. 2023, § 38 GmbHG Rz. 18a
 BGH v. 12.7.1993 – II ZR 65/92, GmbHR 1993, 579